

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Oldenburgische Volkszeitung
1919**

91 (18.4.1919)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-83112](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-83112)

Oldenburgische Volkszeitung

Tageszeitung für das Herzogtum Oldenburg.



Die Oldenburgische Volkszeitung (Vorkriegszeitung, Donner Nachrichten), Zentrumsorgan, erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis vierteljährlich 3,45 Mark, durch die Post frei ins Haus 3,87 Mark; zweimonatlich 2,30 Mark, durch die Post frei ins Haus 2,68 Mark; einmonatlich 1,15 Mark, durch die Post frei ins Haus 1,29 Mark. Einzelnummern 10 Pf. Probeummern acht Tage gratis und franco.

Der Anzeigenpreis beträgt bei Anzeigen aus dem Herzogtum 2 Pfennig für die einfache Zeile oder deren Raum, bei solchen aus anderen Gegenden 25 Pfennig, für die Reklamezeile 75 Pf. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Anzeigen bis 9 Uhr vormittags. Größere Anzeigen sind stets tags zuvor einzuliefern. Telephonische Anzeigenannahme schließt jedes Reklamationsrecht aus.

Am Ralle von Adolphe Gmalt, Street, Speere, Walfersburg, Walfersbrunn, Walfersbrunn, in unserem eigenen Betriebe oder denen anderer Betrieben haben der Verlag und Verleger keine Verbindlichkeit, falls die Zeitung verspätet, in vollständiger Distanz oder nicht erscheint.

Nr. 91. Fernsprecher: Redaktion (5), Geschäftsstelle Nr. 5. Postfach-Konto: Hannover 7908. **Dechta, Freitag, 18. April 1919.** Zweiggeschäftsstelle in Oldenburg: W. Barmann, Achterstraße 51. Fernsprecher 1032. 86. Jahrgang.

s Karfreitag.

Der Karfreitag ist der Tag der Verinnerlichung und Sammlung, an dem wir Christen im Sinn des Altages einen Augenblick innehalten, den Blick zum Kreuze haben und unser Auge in das brennende Auge unseres Heilandes verorten. Da tut sich uns ein anderer Welt auf. Wie ein Erwachen wird uns ein Traum kommt es da über uns: Ist es denn wahr, daß Gottes Sohn für uns Mensch ward und am Kreuze starb — ist es denn wahr, daß es sich große Liebe gibt, daß unsere feierliche, nachdunkelnde Erde den Heiland tragen, sein Blut getrunken, seinen heiligen Leib empfangen hat? Und wenn es wahr ist, wie kann denn die Menschheit so sehr des größten Wunders geistlicher Liebe vergessen, wie kann sie dann hoch geistigen und Glend, Kummer und Leid vertreiben? Wie war es dann möglich, daß wir uns vier bitter lange Jahre hindurch einander zerfleischen konnten, am Ende mit Gott und der Menschheit zu zerfallen, vor einem Chaos zu stehen, vor dem uns graut, und durchwallende Nebel wir doch noch immer toller durcheinander zu wirbeln trachten!

Wenn Gottes Sohn aus Liebe für uns gestorben ist und aus der Sünde Angst und Not uns erlöst hat, wie konnte dann ein Unheil über die Welt hereinbrechen, wie wir es heute laufend, zögernd und verzweifelt auf uns lassen fühlen! Wer will Antwort geben auf diese hohen Fragen, diesen lautenfüllen Aufschrei aus wunden Herzen? Die einstens am lautesten riefen auf dem Markte des Lebens, die ihr Wissen und Können als Lehre des Heils ausriefen, die das Diesseits als das Karibod der Erdbornenen verherrlichten, die sind still geworden in der ersten schweren Leidenszeit der Menschheit, als stürzend zerbrach, was sie als Kultur und des Menschen höchstes und Bestes gelehrt hatten. Für Schöpfer ist heute kein Platz mehr; die frühen Weser des Lebens, die wohl der Sünde, aber nie dem Tod und seinen düstern Schwestern, der Sorge und der Not, ins Auge sehen konnten, sind unmodern geworden und die Wege, die sie einstens einnahmen, füllen heute Menschen aus, die zwar auch nur das Diesseits kennen und predigen, aber mit verzerrten Gesichtern, das Herz voll Haß und Mord und Rache und in den Händen die Festsicherung Vernichtung alles dessen, was war, ist ihr Ziel; sie wollen die alte Welt zerstören, weil sie den armen Menschen in die Wertlosigkeit hineingetrieben hat, und eine neue Weltordnung gründen, in der der bislang geschneidete Mensch der Herr sein soll.

Was soll nun werden? Wie es vor dem war, kann nicht mehr werden, denn das Gefährte hat niemand mehr auf. Wir stehen im Übergang einer Welt, aber niemand weiß, ob eine neue und bessere Welt aus dem Chaos, in dem die alte versinkt, erwachen wird. Angstvoll wandert das Auge rückwärts in der Zeitgeschichte: War nicht schon einmal eine Zeit, in der eine Welt unterging und nach neuen Wesen eine neue Welt geboren ward? Damals, als das alte Romverreich, die ganze antike Welt in Trümmern lag und zweihundert Jahre lang die Barbaren verwüstend und mordend die alten Stätten der Kultur durchzogen, bis endlich, da alles verloren und nichts mehr zu retten schien, siegest die Sonne eines Geistes durchbrach, die wohl verfinstert und verhallt wurde, aber nichts von der ihr innenwohnenden Kraft und Lebensfülle verlieren konnte. Das war die Sonne des Christentums, die schon hoch am Himmel gestanden hatte, als das alte Rom in der Weltkatastrophe zu schwinden schien, daß viele ängstlich verzagt und flehentlich wurden. Ihr Tag aber kam und als sie die schwärzenden Wolken verjagt hatte und ihre Lichtbahnen wieder in leuchtender Fülle über alle Berge und Täler der Erde hinsandte, da floßen die Wasser der Sündflut rasch ab und die Herzen öffneten sich zu einer Zeit, die christlich genannt werden konnte.

Wieder stehen wir in einer Weltkatastrophe. Wiederum hat das Christentum nicht verdrängt und wieder sucht die ratlose Menschheit nach einem festen Fuß, der ihrem verzerrten Willen und Denken Ziel und Richtung geben könnte. Wieder wie damals bahnt sich die Verführung einen Weg über die Stätten tausendjähriger Kultur und wieder wie damals scheint keine Kraft vorhanden, die der ankommenden Verführung sich erfolgreich entgegenstemmen könnte. Wird aber die Sonne des Christentums auch heute wieder verfinstert hinter den dämlichen Nebeln, dessen sprechbare Schwaden die Menschheit umwölken? Gott allein weiß es; er allein sieht in das Dunkel der nahenden Zeit. Wir aber wissen, wo Stellung auch für unser zertrümmertes Geschlecht zu finden wäre. Wir wissen, daß Unglück und Leid dem Geiste unseres Christentums nicht

wesensfremd sind, denn wir haben ein hohes Geheimnis, in dessen dämmeriger Tiefe sich uns alle Rätsel dieses Lebens enthüllen: das Mysterium des Kreuzes, den Karfreitag. Das Wort der Christen mit einer zweitausendjährigen Geschichte sieht sich eingehend beraten worden. Danach zeigte sich hier bis zu einem gewissen Grade die Unmöglichkeit, dem Rätegedanken ein größeres Gelingen zu ermöglichen zu bezagen. Es kann sich dabei selbstredend nicht um eine glatte Übertragung kollektivistischer Ideen auf das deutsche Verfassungsleben handeln. Das russische Rätesystem ist uns ja, durch die mit seinem Wesen verbundenen und ihm eigenständigen Gewaltformen, im höchsten Grade unjapanisch. Es wäre aber doch zu erwägen, ob nicht der an und für sich gesunde Grundgedanke des Rätesystems in eine politische Fassung zu bringen wäre, selbst auf die Gefahr hin, daß sich dadurch unser Gesetzgebungsapparat etwas kompliziert. Die Leitidee muß dabei sein: daß wir neben der politischen Demokratie, die sich durchweg an Parteiprogrammen orientiert, auch die wirtschaftliche Demokratie an der Gesetzgebung mitarbeiten lassen. Natürlich kann dies nicht geschehen, wenn man das Rätesystem einseitig auf die Arbeiterklasse beschränkt. Es muß vielmehr eine zweimächtige Gliederung unseres Volkstörpers nach großen Wirtschaftsklassen erfolgen. Der Gedanke hat sich schon etwas festgesetzt, daß in einem solchen Wirtschaftssystem die Interessen der Bevölkerung berücksichtigt werden können. Es ist selbst, diesen Gedanken deshalb zurückzuweisen, weil er die Forderung nach einem berufsständischen Parlament erinnert. Die berufsständische Gliederung unseres Volkstörpers ist an sich notwendig und zweckentsprechend. Nur darf man nicht von vornherein an diese Frage herantreten in der Absicht, Klassenrechte erhalten zu wollen oder eine neue Klassenberufung zu erreichen. Es erscheint deshalb notwendig, daß sich die politischen Kreise etwas eingehender mit der Frage des Rätesystems befassen und versuchen, eine Lösung zu finden, die dem Bedürfnis der großen Wirtschaftsklassen, im Lande aktiven Einfluß auf die Politik zu gewinnen, gerecht wird.

Das Rätesystem in der Reichsverfassung.

Von einem Mitgliede der Nationalversammlung. Der Ausschuss der Nationalversammlung zur Beratung der Verfassung steht demnach vor einer entscheidenden Aufgabe. Nach Absicht der Regierung sollen die Betriebsräte in der Verfassung verankert werden. Der Ausschuss wird damit vor die Frage gestellt, in welcher Form er das Rätesystem in den Grundrechten des deutschen Volkes — denn dieser Teil der Verfassung kommt in Betracht — einbauen will. Nach den Mitteilungen der Regierung an die Presse denkt man sich in diesen Kreisen die Sache folgendermaßen:

Die Arbeiter sollen berufen sein, gleichberechtigt in der Gemeinschaft mit den Unternehmern, an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, unter Anerkennung der beiderseitigen Organisations- und ihrer freiwilligen Vereinbarungen mitzuwirken, ebenso an der Entwicklung der Produktionskräfte. Dieser Grundgedanke legt die Aufgaben, welche die gewerkschaftlichen Organisationen haben, geschäftlich fest. Ueber diese gewerkschaftlichen Aufgaben hinaus sollen aber die Arbeiter zur Wahrung ihrer wirtschaftlich-sozialen Interessen Betriebs- und Bezirks-Ausschüsse sowie einen Reichsarbeitsrat erhalten. Dies bedeutet das Arbeitskammerprinzip auf das Rätesystem übertragen. In den Betriebsräten und im Reichsarbeitsrat sollen die Arbeiter mit den Unternehmern gemeinsam gesamtwirtschaftliche Aufgaben haben, besonders würde ihnen die Ausführung der Sozialversicherungsgeetze zufallen. Soweit liegt ein neuer Gedanke nicht vor. Des weiteren aber soll die Reichsregierung verpflichtet sein, alle sozialpolitischen und alle wirtschaftspolitischen Gesetze vor ihrer Einbringung im Reichstag dem Reichsarbeitsrat zur Begutachtung zu übergeben. Der letztere soll außerdem das Recht haben, selbst solche Gesetze beim Reichstag zu beantragen, wobei der Reichstag verpflichtet ist, diese Gesetze zu beraten und darüber Beschluß zu fassen. Aufgaben und Aufgaben der Arbeiter- und Wirtschaftsräte sollen durch besonderes Reichsgesetz noch geregelt werden.

Diese Leitidee der Regierung erscheinen unvollständig und erfüllen keineswegs den Zweck, den sich die große Klasse von dem Rätesystem verspricht. Es soll nicht genügen werden, daß die Schaffung dieses Wirtschaftsparlamentes, das seinen unteren Ausläufer in den Betriebsräten hat, eine angedeutet wichtige Ergänzung unseres politischen Systems ist. Nur ist die ganze Institution sehr schwer in die parlamentarische Praxis einzufügen. Es stellt sich vielmehr eine zweite Kammer mit verminderten Rechten dar. Ob sich der Reichsarbeitsrat mit dieser Rolle zufrieden geben wird, wenn er erst einmal besteht, erscheint sehr zweifelhaft. Es muß deshalb erst die Frage aufgeworfen werden, ob der Gedanke des Rätesystems nicht vollkommen und zweckmäßiger in der Verfassung eingebaut werden kann. Es soll hier nicht auf die mancherlei Bedenken eingegangen werden, welche das Zweikammer-System hat, — in Wirklichkeit würde es ja nach der jetzigen Konstitution der Reichsverfassung ein Dreikammer-System sein: Reichstag, Staatsanwaltschaft, Reichswirtschaftsrat. Von diesen drei Organen würde dann der Reichsarbeitsrat in seiner unvollkommenen Fassung und in seinem beschränkten Aufgabenkreis ein Verbi-

gungsfaktor werden, der stets nach erweiterten Rechten streben wird.

Innerhalb der Zentrumsfraktion der Nationalversammlung ist das ganze Rätesystem sehr eingehend beraten worden. Danach zeigte sich hier bis zu einem gewissen Grade die Unmöglichkeit, dem Rätegedanken ein größeres Gelingen zu ermöglichen zu bezagen. Es kann sich dabei selbstredend nicht um eine glatte Übertragung kollektivistischer Ideen auf das deutsche Verfassungsleben handeln. Das russische Rätesystem ist uns ja, durch die mit seinem Wesen verbundenen und ihm eigenständigen Gewaltformen, im höchsten Grade unjapanisch. Es wäre aber doch zu erwägen, ob nicht der an und für sich gesunde Grundgedanke des Rätesystems in eine politische Fassung zu bringen wäre, selbst auf die Gefahr hin, daß sich dadurch unser Gesetzgebungsapparat etwas kompliziert. Die Leitidee muß dabei sein: daß wir neben der politischen Demokratie, die sich durchweg an Parteiprogrammen orientiert, auch die wirtschaftliche Demokratie an der Gesetzgebung mitarbeiten lassen. Natürlich kann dies nicht geschehen, wenn man das Rätesystem einseitig auf die Arbeiterklasse beschränkt. Es muß vielmehr eine zweimächtige Gliederung unseres Volkstörpers nach großen Wirtschaftsklassen erfolgen. Der Gedanke hat sich schon etwas festgesetzt, daß in einem solchen Wirtschaftssystem die Interessen der Bevölkerung berücksichtigt werden können. Es ist selbst, diesen Gedanken deshalb zurückzuweisen, weil er die Forderung nach einem berufsständischen Parlament erinnert. Die berufsständische Gliederung unseres Volkstörpers ist an sich notwendig und zweckentsprechend. Nur darf man nicht von vornherein an diese Frage herantreten in der Absicht, Klassenrechte erhalten zu wollen oder eine neue Klassenberufung zu erreichen. Es erscheint deshalb notwendig, daß sich die politischen Kreise etwas eingehender mit der Frage des Rätesystems befassen und versuchen, eine Lösung zu finden, die dem Bedürfnis der großen Wirtschaftsklassen, im Lande aktiven Einfluß auf die Politik zu gewinnen, gerecht wird.

Es neu und eigenartig zuerst die ganze Sache annehmen mag, so findet man doch bei tieferem Durchdenken des Problems, daß hier eine Draufbare und gesunde Idee vorliegt, der nur zu verhalten werden muß. Die Vorschläge der Regierung bleiben auf halbem Wege stehen. Wenn schon das Rätesystem in beschränktem Umfang akzeptiert werden soll, so muß man auch den Mut und die Entschlossenheit aufbringen, den Gedanken in möglichst vollkommener Form gerecht zu werden. Wenn die politische Demokratie bedurch in gewissem Sinne eine Korrektur erfährt, daß im Rätesystem die Bedürfnisse des praktischen Lebens und der wirtschaftlichen Interessen zur Geltung kommen, so wäre dies kein Schaden. Man denke über die Frage einmal richtig nach.

Zum Waffenstillstand.

Die Einladung an die deutsche Delegation.

W.B. Paris, 18. April. Die offizielle Einladung an die deutschen Delegierten ist noch nicht ergangen, wird aber wahrscheinlich heute durch General Nidant erfolgen, der die deutsche Delegation in Spaas erufen wird, die Einladung an die deutsche Regierung weiter zu geben. Wahrscheinlich werden die Beschluß, die Deutschland unterzeichnen wird, zunächst den direkt beteiligten Staaten vorgelegt werden, ehe sie Deutschland bekannt gegeben werden. In diesem Zusammenhang wird mit Abhaltung einer geheimen Volkstung gerechnet. Die deutschen Vertreter werden am 25. April in Versailles eintreffen. Die Sitzungen werden wahrscheinlich erst ein oder zwei Tage später beginnen. Die deutschen Vertreter können an ihre Regierung um Übermittlung der genauen Wortlaut zu übermitteln. Da die Reise nach Berlin hin und zurück acht Tage in Anspruch nimmt, wird den deutschen Unterhändlern ein entsprechender Zeitraum zur Unterzeichnung gewährt werden. Man hofft, bis zum 15. Mai mit diesen Formalitäten fertig zu sein.

Das Schiffsal der deutschen Handelsflotte.

Die Pariser Blätter berichten, ist seitens der Ententeoberungen der Beschluß gefaßt worden, den bereits erworbenen und noch zu erwerbenden deutschen Schiffstumen nach Maßgabe der Bedürfnisse unter die verschiedenen Länder zu verteilen. Die Schiffe werden die inerteallente

Flage sowie die Flage desjenigen Staates führen, dessen Verwaltung sie unterstehen. Die provisorische Verteilung der Tonnage hat keinerlei Einfluß auf ihre endgültige Regelung, die auf Grund der Bestimmungen des Friedensvertrages vorgenommen werden soll.

Form des Friedensvertragesunterwerfes.

W.B. Haag, 18. April. Aus amerikanischer offizieller Seite wird aus Paris gemeldet: Vermutlich wird der Vizepräsident eine besondere Verhandlungskommission aus seinen eigenen Mitgliedern bilden. Es sind jedenfalls mündliche Erörterungen geplant, bevor die deutschen Delegierten zur Beschlußfassung nach Weimar zurückkehren. Die Minister des Auswärtigen der Großmächte, die im folgenden Zusammengefaßt sind, werden am Dienstag die technische Seite der Friedensverhandlungen besprechen. Es ist unwahrscheinlich, daß gleichzeitig mit den Deutschen auch die Oesterreicher nach Paris berufen werden. Die Gesamtunterzeichnung wird aber, wie in Paris mit Sicherheit angenommen wird, von den Vertretern des Vierbundes gemeinsam vorgenommen werden können. Für den Austausch der Ratifikationen rechnet man nach 20 bis 30 Tage. Wenn zwei sollten sie in Kraft treten. Präsident Wilson wird, wenn die jetzigen Umstände weiter maßgebend bleiben, den amerikanischen Kongreß nicht später als am 1. Juni zur Ratifizierung zusammenberufen und wohl von Paris aus dazu einladen. Die Verhandlungen wird ausdrücklich hinzugefügt, daß sie natürlich nur vernünftig werden können, falls die Drohungen, daß Deutschland die Friedensbedingungen nicht unterzeichnen werde, nicht Bluff sind und ferner, falls die jetzige deutsche Regierung bleibt.

Der Gemwaffriede.

W.B. Bern, 15. April. Nach einer Meldung des Temps wird bei den Friedensverhandlungen Deutschland nicht gestattet werden, die Fragen der Gebietsabgrenzung, die Bestimmungen über das Saargebiet, die Festlegung der Esabenerübergängen und anderes zur Erörterung zu stellen. Dagegen würden die Alliierten Aufforderungen oder Anregungen über die Art der Zahlung in Erwägung ziehen. Wahrscheinlich werde den deutschen Bevollmächtigten eine Frist von 8 bis 10 Tagen gegeben werden, um den Vertrag zu prüfen. Abgesandte nach Weimar zu schicken und die Antwort ihrer Regierung zu erhalten.

In Erwartung der Friedensverhandlungen.

W.B. Haag, 18. April. Die Unterzeichnung des Friedensvertrages wird im Spiegelglaube von Versailles stattfinden. Bezüglich der finanziellen Forderungen erfährt der Korrespondent des Handelsstad, daß Lloyd George 200 Milliarden verlangt, die in einem Zeitraum von 50 Jahren zu bezahlen sind.

Aus den in den Zeitungen über den Stand der Verhandlungen veröffentlichten Auskünften geht hervor, daß der Friedensvertrag in zwei Teile getrennt ist, die Artikel enthalten, durch die sie Deutschland verpflichten wird, im voraus allen Abkommen, die mit seinen früheren Verbündeten abgeschlossen werden, zuzustimmen. Zweitens ist die Deutschland nicht direkt betrifft, für deren Unterzeichnung später die österreichischen, ungarischen, bulgarischen und türkischen Delegierten herbeigerufen werden. Bezüglich der Befragung des linken Rheinufers, die früher allein durch die Franzosen vorgelesen war, scheint die Meinung zu bestehen, daß die Vereinigten Staaten England die Mitwirkung für, wie Petit Parisien mittelst, ein bis zwei Jahre nicht verweigern werden.

Dem Telegraf zufolge meldet Echo de Paris, daß Präsident Wilson vor dem 1. Mai aus Frankreich abreisen wird. Er hofft, der Eröffnung der Konferenz in Versailles beiwohnen zu können. Auf der Schlußsitzung wird Amerika durch Dorett Howe vertreten sein.

W.B. Berlin, 18. April. Wie wir von maßgebender Stelle hören, sind in verschiedenen durchaus einengestellten Kreisen Nachrichten vorhanden, daß es sich bei der bevorstehenden Zusammenkunft der Friedensdelegierten um keine endgültige Besprechung, sondern nur um Vorbesprechungen handelt. Sollten sich diese Nachrichten bewahrheiten, so dürfte noch Raum für Verhandlungen vorhanden sein.

Die Saargebetsfrage noch unentschieden.

W.B. Berlin, 18. April. Von gültiger Seite erfährt die B. Z., daß die von der französischen Presse bekannt gegebene Regelung der Saargebetsfrage noch nicht endgültig ist.

Rohstoffverjorgung Deutschlands.

W.B. London, 16. April. Ein offizielles Kommuniqué aus Paris belagt, daß der Oberste Wirtschaftsrat den Plan aufgegeben habe, der deut-

igen Regierung die in den Händen der alliierten Regierungen befindlichen Ueberflüsse an Rohstoffen schon vor Abschluß des Friedensvertrages unter Bedingungen, die durch einen besonderen Ausschuss gemeinsam mit den Blockade- und Finanzabteilungen des Obersten Rates ausgearbeitet werden, zum Kauf anzubieten.

Beginn der Schiffsahrtsverhandlungen.

11. Berlin, 16. April. Eine deutsche Schiffsahrtskommission unter Führung des Direktors Beder, ist in Rotterdam vor einigen Tagen eingetroffen. Die Verhandlungen der im Brüsseler Abkommen vorgesehenen Schiffsahrtskommissionen haben in Rotterdam begonnen. Deutscherseits nehmen daran teil Direktor Bieder von der Hagap für die Schiffsahrtsinteressenten und Herr Gumprecht als Vertreter der Dabungsinteressenten. Engländerseits nehmen an den Verhandlungen teil Kommandeur Leighton und Lodge.

Österreich-Ungarn.

Der 1. Mai in Österreich.

11. Wien, 16. April. Das Kabinett hat den 1. Mai als allgemeinen Schulfesttag erklärt.

Die Abschöpfung Ungarns.

11. Wien, 16. April. Wie der „Neue Tag“ von besunterrichteter Seite erfährt, ist in Paris der Beschluß gefaßt worden, daß die tschechoslowakische Republik und Rumänien eine gemeinsame Grenze erhalten, so daß Ungarn nach Osten abgesperrt wird.

Die Stellung Wiens im Reiche.

11. Wien, 16. April. Wie die Politische Information hört, dürfte es sich bei den bevorstehenden deutsch-österreichischen Beratungen über die Frage, wie sich die Stellung Wiens als zweite Reichshauptstadt praktisch gestalten soll, um österreichische Wünsche handeln, wie die zeitweise Verlegung des kaiserlichen Hofes nach Wien, so daß die Stadt als zweite Residenz des Kaisers bezeichnet werden kann, ferner um die Verlegung der Reichskammer sowie eine zeitweise Verlegung des Reichsparlaments in der Donaustadt.

England.

Einigung mit den Bergarbeitern.

11. London, 17. April. (Draht.) Reuters. Die Bergarbeiterkonferenz hat die Bedingungen der Regierung in der Form, wie sie im Sankey-Bericht aufgestellt sind, einstimmig angenommen.

Churchill über die bolschewistische Gefahr.

11. London, 18. April. Nach hier eingetroffenen englischen Blättermeldungen vom 12. April sagte Churchill in seiner Rede auf dem Frühstück in Windsor im Klub am 11. April u. a.: Wenn wir mit Deutschland Frieden schließen, bedeutet das noch nicht, daß wir mit ihm Freundschaft schließen. Diese Generation wird noch dem, was sich ereignet, niemals vorbeugen können. Aber der Frieden würde doch einen Zustand mit sich bringen, in dem gewisse gemeinsame Interessen anerkannt werden. Ich glaube nicht, daß wir es uns leisten können, diesen Streit mit jenem ganzen Schapparat ohne Ende weiterzuführen. Ich glaube nicht, daß die Struktur der zivilisierten Welt kräftig genug ist, diesen Druck auszuhalten. Wir können es uns nicht leisten, die ordnungsliebenden Elemente in der jetzigen deutschen Demokratie in das bolschewistische Lager zu treiben. Alle meine Nachrichten deuten darauf hin, daß Deutschland dem Zusammenstoß mit der Welt nicht entgehen wird. Alle meine militärischen Ratgeber betonen, daß das Wichtigste, was wir tun müssen, ist Deutschland mit Rohstoffen und Lebensmitteln zur Aufhebung des Wirtschaftslebens zu versehen. Wenn die Regierung Oberst-Scheidemann-Roske fürzt, so weiß niemand, was an ihre Stelle kommt. Wenn Deutschland in eine bolschewistische Anarchie verfallen, so gibt es nicht nur keine Einigung, sondern wir würden auch selbst verlieren. Das Wiederanstehen des Handels würde durch die wachsende Unordnung gelähmt werden. Der Weg zur Ruhe steht Deutschland offen. Wenn es nämlich den Bolschewismus bekämpft und ein Bollwerk dagegen bildet, so ist das der rechte Schritt zu seiner Wiedervereinigung mit der zivilisierten Welt. Uns drohen noch sehr große Gefahren. Zwei mächtige Zweige der Menschheit, die Slawen und die Deutschen, sind in das letzte Elend gestürzt, und es wäre höchst unerwünscht, wenn sie einander in diesem Elend fänden. Wenn Deutschland dem Bolschewismus verfallen, so würden die Wirkungen davon bis nach China bemerkbar sein. Die militärische Macht des bolschewistischen Russlands wird immer stärker und angreifbarer, ebenso wie der französische Jakobinismus nach dem Sturz Robespierres vor dem Emporküniglichen Napoleons. Wenn Deutschland aus innerer Schwäche oder infolge des feindlichen Einmarsches der bolschewistischen Pest verfallt, so würde es zwar zweifellos in Stücke zerrissen werden. Aber was würde dann aus uns werden und was aus dem Frieden, den wir wünschen, sowie aus dem Wiederabfließen des Wohlstandes und aus dem Völkerbunde? Es würde dann zwei Verbände geben, einen der Besiegten und den Bund der siegreichen Nationen. Der Bund der Besiegten könnte leicht die Rüstungen wieder aufnehmen, während der Bund der siegreichen Nationen das Schwert zur Seite legt. Noch einmal würde jenes schreckliche Gleichgewicht von Gegenkräften entstehen, das vor fünf Jahren das Porzellan zum Ausbruch des großen Krieges bildete.

Churchill schloß mit den Worten: Erhalten uns also fest, keine Festschloßene, zufriedene, ihrer Aufgabe gewachsene Armee, erhalte Euch die Freundschaft mit Frankreich und Amerika, mach Frieden mit dem deutschen Volk und leistet mit allen Mitteln dem Vordringen der bolschewistischen Truppen Widerstand.

Kein Eingreifen Englands in Rußland. WT. London, 16. April. Lloyd George sagte im Unterhause: Es sei seine erste Ueberzeugung, daß eine militärische Intervention in Rußland der größte Unfug sein würde. Er wolle lieber Rußland dem Bolschewismus überlassen als erlauben, daß Großbritannien bankrott mache. Von der Anerkennung der bolschewistischen Regierung könne keine Rede sein. Es sei niemals vorgeschlagen, noch darüber verhandelt worden. Deutschland würde eine Armee haben, die für den Polizeidienst ausreichte sein würde und eine Flotte, die eben genügen würde, um seinen Handel zu beschützen. Die Alliierten wünschten einen gerechten, aber nicht rachsüchtigen Frieden, der streng sein müsse.

Rußland.

Sowjets gegen den Streik. WT. Wiborg, 16. April. Die „Petrogrowska Druha“ meldet: Der Petrograd-Sowjet sahnte den Beschluß, der Streik sei im Arbeiterstaat zu verurteilen. Er begründete diesen Beschluß damit, daß ein Land wie Rußland, wo der Arbeiter der Herr der Produktion ist und wo alles von dem Grad der Arbeitsproduktion und Arbeitsdisziplin abhängt, sich keineswegs den Luxus von Streiks erlauben kann.

Amerika.

Generalfreie der Hafenarbeiter in New York.

11. New York, 17. April. (Draht.) Die Hafenarbeitervereinigung erklärte den Generalfreie der Hafenarbeiter von Donnerstag ab. Dieses wird die Aufhebung des gesamten Hafenverkehrs einschließlich des transatlantischen Verkehrs zur Folge haben.

Verchiedene Nachrichten.

Anlage gegen Kaiser Wilhelm?

Dem Delegat zufolge meidet die Pariser Ausgabe der Chicago Tribune, daß die Kommission, die die Verantwortlichkeit für den Krieg zu untersuchen hat, ihren Bericht beendet hat. Dieser Bericht, der von allen Mitgliedern der Kommission, mit Ausnahme des japanischen Vertreters, unterzeichnet ist, betrifft, dem Blatte zufolge, den Kaiser, Kronprinzen, Hindenburg, Ludendorff und Tirpitz und die Offiziere, die für den Unterseebootkrieg und die Fliegerangriffe verantwortlich sind, außerdem eine Anzahl anderer deutscher Offiziere, die bereits in Belgien interniert oder gefangen worden sind. Belgien wird die Auslieferung des Kaisers verlangen, und da die Niederlande Mitglied des Völkerbundes werden, erwartet man, daß der Kaiser vor ein Obergericht kommt. Präsident Wilson der anfänglich den Anschuldigungen Clemenceaus und Lloyd Georges bezüglich der Unverantwortlichkeit nicht beigegeben habe, habe sich jetzt mit dem Bericht, in welchem der frühere Kaiser unter Anklage gestellt wird, einverstanden erklärt.

Englische Maßregeln gegen Streiks in Ost.

11. Köln, 16. April. Der kommandierende General des englischen Besatzungskorps hat im Hinblick auf die im linksrheinischen Gebiet stark zunehmende Ausstandsbewegung eine Verordnung erlassen, in welcher alle Ausstände als ungesetzlich angesehen werden. Sie betrifft alle Angestellten und Arbeiter, bei ihrer Arbeit zu bleiben, und den Ausständigen, sofort zurückzukehren. Die strengsten Strafen werden diejenigen treffen, die im Widerspruch zu der Verordnung Ausstände fördern, befürworten oder anstellen.

Schlaraffenleben auf der Kieler Werft.

11. Kiel, 16. April. Vor reichlich einem Jahrzehnt enthielt die Kieler Werftkörper schier ungläubliche Zustände auf der damaligen kaiserlichen Werft. Jetzt gibt es keine kaiserliche Werft mehr. Werftstaus und Schriftstöße fragen längst die Bezeichnung Reichswerft, damit auch der weitesten Deffentlichkeit zum Bewußtsein kommt, daß die Kieler Werft aus Mitteln des Reiches, also der Allgemeinheit, unterhalten wird. Heute sind die Reichswerft und die ihr gleichstehende Torpedowerft Friedrichsort Einrichtungen, die mehreren Tausend Personen auf Kosten des Reiches arbeitslosunterstützung gewähren. Der Stundenlohn gelernter Arbeiter beträgt 2,50 Mk., das macht bei siebenstündiger Arbeitszeit 17,50 Mark täglich, auf die Woche umgerechnet 105 Mk. Zahlreiche Arbeiter, die tagaus tagein zur Werft oder Werkstatt wandern, kehren nachmittags zurück, ohne irgendeine Arbeit getan zu haben. Sie sträufeln, lesen oder schlafen gar, wenn sie es nicht vorziehen, völlig untätig umherzugehen. Sie bekommen aber Lohn ausgezahlt wie früher. Andere arbeiten aber nicht für das Reich, sondern für sich selbst, für Freunde oder Bekannte. Sie nehmen aus den Rohstoffbeständen der Werft, was ihnen gefällt und bezahlen es für ihr Zwecke. So fertigen vom Reich bezahlte Arbeiter während ihrer Arbeitszeit auf Kosten des Reiches Küchen-, Haus- und Luxusgegenstände aller Art an. (Zagl. K.)

Deutsches Reich.

Die Kirchenglocken.

Weimar, 15. April. In der Nationalversammlung ist ferner Antrag Dr. Doppel (Dem.) gestellt worden.

von sachverständiger Seite wird mitgeteilt, daß die Reichsriegelsmetallgesellschaft die abgenommenen Kirchenglocken der Gemeinden zwecks als Gießereierzeugnisse läßt und sie den Gemeinden vornehmlich. Ist dies der Reichsregierung bekannt? Welches sind die Gründe dafür? Könnte dem Verlangen der Gemeinden nach Rückgabe ihrer Kirchenglocken nicht entsprochen werden?

Dänische Lebensmittel für Deutschland.

11. Berlin, 16. April. Die Abendblätter melden, daß die vor einigen Tagen eingestellte Ausfuhr von Lebensmitteln, namentlich von Butter, Eiern und Vieh, von Dänemark nach Deutschland in den nächsten Tagen wieder in normaler Ueberschneidung aufgenommen werden wird. In den Verhandlungen über eine Regelung der Zahlung zustande gekommen, so daß jetzt für die dänischen Waren volle deutsche Valuta geleistet wird.

Keine Arbeiter zum Lösen der Lebensmittel-dampfer.

11. Bremen, 16. April. Infolge des Streiks der Hafenarbeiter können die im hiesigen Hafen liegenden amerikanischen Lebensmittel-dampfer nicht gelöst werden.

Einfuhr holländischer Textilwaren.

Eine Meldung des „N. L.“ besagt, daß höchstwahrscheinlich holländische Textilwaren im Werte von 70 Millionen Mark demnächst ins Land kommen werden. Die Verhandlungen zwischen den beiderseitigen Reichsbevollmächtigten setzen vor dem Abschluß und dürfen schon dieser Tage spruchreif sein. Es handelt sich nicht um Luxuswaren, sondern um solide Grundstoffe geeignet für bessere Arbeiterkleidung und Unterwäsche.

Verjorgung des Handwerks durch das Reichs-verwertungsamt.

Bei den Verkäufen von fremden Waren in Res- und Marinereständen werden die berechtigten Interessen des Handwerks und des Kleingewerbes in jeder Weise gefördert werden. Es ist Vorsehung getroffen worden, daß die von ihnen gestellten Anforderungen nach Maßgabe der Vorräte, soweit irgend möglich, berücksichtigt werden. Zu diesem Zweck sind die Zweigstellen des Reichsverwertungsamts angeordnet worden, mit den zuständigen Handwerkskammern (Wirtschaftsstellen) wegen Abgabe der für das Handwerk nötigen Materialien möglichst in Sammeladungen (geschlossenen Waggons) in Verbindung zu treten. Darüber hinaus, wenn ein solches Sammelverfahren nicht möglich ist, dürfen die Zweigstellen des Reichsverwertungsamts auch auf dem Wege des Kleinvverkaufs an Handwerker oder Kleingewerbetreibende Waren bis zum Höchstbetrag von 2000 Mk. für den einzelnen Käufer, bis zu 1000 Mk. für jede Waren-gattung abgeben. Im Mißverständnisse vorzubeugen, wird die Abgabe davon abhängig gemacht, daß der Käufer legitimiert und eine Dringlichkeit beibringt. Letztere ist von den zuständigen Ortsbehörden oder Handwerkskammern (Wirtschaftsstellen) auszufertigen.

Den Handwerkskammern ist die Befugnis eingeräumt, den Zweigstellen des Reichsverwertungsamts Persönlichkeiten aus dem Handwerk und dem Kleingewerbe zu benennen, um ihnen Erlaubnisse und Ausweise auszustellen, auf Grund deren diese berechtigt sind, die Läger zu besichtigen, Auskünfte nachzuholen und gekaufte Seeresgut abzunehmen.

Anmarsch der Regierungstruppen gegen Braunschweig.

11. Braunschweig, 16. April. Gestern abend teilte der Volksbeauftragte Sepp Dörler dem General Märker telefonisch mit, daß Vertreter der braunschweigischen Regierung heute in Magdeburg eintrifften würden. Er bat, den Einmarsch der Regierungstruppen möglichst zurückzuhalten. Demgegenüber hat General Märker laut „Magdeburger Zeitung“ erklärt, daß er Vertreter der braunschweigischen Regierung nicht empfangen könne. Die braunschweigische Regierung könne die Bedingungen, die er auf Wehl der braunschweigischen Landesregierung zu stellen und durchzuführen habe, in Helmstedt in Empfang nehmen. Die Forderungen der Reichsregierung betreffen Entwaffnung der Bevölkerung, Auflösung der Volksmarine-division und der Volkswehr und Aufstellung von neuen Freiwilligenverbänden aus nur Braunschweigern. Außerdem hat General Märker den Auftrag, die bisherige Regierung in Braunschweig abzusetzen und eine neue Regierung entsprechend der Zusammenfassung der Landesversammlung einzurichten. Auch der braunschweigische Arbeiterrat soll aufgelöst werden.

Auflösung des deutschen Heeres.

11. Berlin, 16. April. Von zuländiger Seite wird mitgeteilt: Die Deutsche Nationalversammlung hat beschlossen, das deutsche Heer aufzulösen. Wenn auch wohl damit gerechnet werden kann, daß in Zukunft ein neues Heer gebildet werden wird, so ist seine Ausdehnung, Stärke und Gliederung zurzeit noch völlig ungewiß. Es ist zu verstehen, daß die Städte, in denen bisher Truppenteile standen, in Sorge sind, daß ihnen die Garnison genommen wird; denn sie werden wirtschaftlich dadurch geschädigt. Die Wehrzahl von ihnen wird sich aber mit diesem Gedanken abfinden müssen, wenn die Behörden auch bemüht sein werden, bei etwaiger Zuteilung von Garnisonen auf die wirtschaftlichen Verhältnisse Rücksicht zu nehmen.

Gründung eines Landbundes für das Reich.

11. Berlin, 16. April. Hier fand, wie der „Tel.-An.“ berichtet wird, im Saale der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft der wirtschaftliche Zusammenschluß sämtlicher deutscher Landwirte statt, und zwar erfolgte der Zusammenschluß der Reichs-

vereinigungen der Provinz Brandenburg zu einem brandenburgischen Landbund. Ferner wurde das Werk durch den Zusammenfluß sämtlicher landwirtschaftlicher Organisationen des Deutschen Reiches zu einem Reichslandwirtschaftsverband der deutschen Landwirte unter dem Namen Deutscher Landbund geknüpft.

Gerechtes Urteil über das Zentrum.

Das bekannte Mitglied der Deutschnationalen Partei, Abgeordneter von Kardorf, hat am 8. April in Tiffa eine bemerkenswerte Rede gehalten. Wir entnehmen dem Tiffaer Anzeiger in Nr. 88 vom 11. April folgende gerechte Auslassung über die Weisung der Zentrumspartei an der gegenwärtigen Regierung:

Wir stehen vor einer Koalitionsregierung. Gegen ihr Programm läßt sich nicht viel sagen. Ich halte die Angriffe für falsch, die in der rechtsstehenden Presse gegen das Zentrum gerichtet worden sind. Es hat durch seinen Eintritt in die Regierung ein schweres Opfer gebracht und wir müssen ihm das danken. Die sozialistischen Parteien haben nicht die Mehrheit. Die bürgerlichen Parteien haben in der Landesversammlung eine Mehrheit von 60 Stimmen. Darum war eine Koalitionsregierung notwendig. Es läßt sich doch nicht befehlen, daß durch das Zentrum letzten Endes doch Ansichten vertreten werden, die allen Christen gemeinsam sind.

Reger Verkehr von Lebensmittel-dampfern auf der Elbe.

Der amerikanische Dampfer „Victoriana“ ist am Sonntag auf der Reise von New York nach Hamburg mit 10 000 Tonnen Lebensmitteln dortselbst angekommen. Der Dampfer „Cape Henry“, mit 4000 Tonnen und der Dampfer „Cape Tenare“, mit je 2000 Tonne Lebensmittel haben die Elbe passiert. Weitere Lebensmittel-dampfer werden auf der Elbe erwartet.

Entgegenkommen bei der Nachfrage nach Backmehl.

11. Berlin, 16. April. Der I.-II. wird von zuständiger Seite mitgeteilt: Beim Landwirtschaftsministerium laufen täglich in steigender Zahl Anträge auf Ueberlassung von Land ein. In der Hauptsache handelt es sich um den Wunsch nach Erlangung kleinerer Landflächen zur Gewinnung von Lebens- und Futtermitteln. Die politischen und wirtschaftlichen Vorgänge der letzten Zeit haben zahlreiche Familien auf dies ermittelte in ihren Lebensbedingungen, so daß dieses Verlangen nach Land als durchaus gerechtfertigt angesehen werden muß. Die Durchführung der Siebelung kann infolge mannigfacher Schwierigkeiten nicht mit der Schnelligkeit geschehen, wie es wünschenswert wäre. Um den Antragstellern jedoch so schnell wie möglich zu helfen, hat der preussische Landwirtschaftsminister die zuständigen Behörden und die Landwirtschaftskammern ermahnt, bei den Großgrundbesitzern mit allem Nachdruck dahin zu wirken, daß sie bei der überaus starken Nachfrage nach Backmehl möglichst weitgehendes Entgegenkommen betonen, daß das bezügliche Land noch in diesem Jahre mit Kartoffeln bestellt werden kann.

Gegen das bolschewistische München.

Vor den Loren Münchener stehen seit gestern mehrere Divisionen Infanterie, die reichlich mit Artillerie versehen sind. Mineneroberstellungen sind bis dicht an die Stadt vorgezogen. Der Nachschub von Verpfändungen aus der Stadt Nürnberg steht bevor. Das Gelände rechts und links der Eisenbahn München-Augsburg ist in ein firmliches Heerlager verwandelt worden. Die militärische Leitung der Regierungstruppen beschäftigt den Einmarsch nach München konzentrisch zu erzielen. Vor Durchführung dieser Operation wird das Anrücken der Regimenter des städtischen Grenzsoldates und einer jetzt vorgezogenen der Bildung begriffenen Bauernwehr erwartet, deren Aktionszentrum auf der Linie München-Kaufbeuren liegt. Die Regierungstruppen, die sich noch in München befinden, müssen als endgültig von den Kommunisten geschlagen betrachtet werden. Infolgedessen wird die von außen her kommende Aktion der regierungstreuen Truppen als äußerst dringlich betrachtet.

11. Nürnberg, 17. April. (Draht.) Die Bayerische Volksgesetzgebung. Wie wir von gutunterrichteter Seite erfahren, sind bereits preussische Truppen zum Abmarsch nach Bamberg bereit. Die rote Garde hat bei Allach die Schienen der Strecke Angolstadt-München aufgerissen.

11. Nürnberg, 17. April. (Draht.) Die Bayerische Volksgesetzgebung schreibt: Die Münchener Anarchistenführer Ruchjan, Landauer und Wagner wurden in das Zuchthaus Ebrach bei Bamberg gebracht. Aus Würzburg wurden Sauber und Hagemeister ebenfalls dorthin gebracht.

11. Augsburg, 15. April. Die bei dem Kampf im Bahnhofsort in Württemberg an den Gebäuden angerichteten Schäden sind angesichts der Heftigkeit der Kämpfe nicht besonders groß. Plünderungen sind bisher nur vereinzelt vorgekommen. Die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung hat keine Störung erlitten.

Dagegen machen Reisende, die in Autos aus München in Augsburg eintrifften: Der Generalfreie dauert an, es herrschen Diktatur und Terror. Der geistige Führer der Kommunisten ist der „Geländeherr“ Seithelmer, der gemeinsam mit Toller, dem 24jährigen Studenten, immer neue wilde Proklamationen unterzeichnet. Der Bahnverkehr und der Telegraph ruhen, der größte Teil der Geschäfte ist geschlossen. Die Lebensmittel haben ihren Höchstpreis erreicht. Es fehlt an Kohlen. Eine große Anzahl von Bürgern sind als Geiseln festgenommen worden, darunter 70- und 80jährige Greise. Trotz der Lebensmittelnot wird von München aus in läugerlichen Funkentsendungen an Berlin bekanntgegeben, es herrsche herrlicher Wandel, es lie-

waren und Stallen waren große Vorräte eingefahren. Die Sparrlisten haben bis vor die Tore Mühlenterrassen selbst ausgestellt und Schützengraben ausgehoben. In die sie die Wachposten eingewandert sind. Trophäen ist es in der Regierungstruppen gelangen, mit starker Artillerie bereits in Richtung zu gelangen. Es sollen alle verfügbaren Truppen, vor allem aus Ingoitold und Regensburg und auch aus nordbayerischen Garnisonen in Bewegung gesetzt werden, nachdem ein Handstreich wegen zu geringer Zahl und nicht einwandfreier Beschaffenheit der Truppen misslungen war. Der Handstreich soll von Dachau aus beginnen. Sämtliche modernen Kampfmittel stehen den Truppen zur Verfügung.

Aufgang des Ruhrbergarbeiterstreiks

21. Essen, 16. April. Die Zahl der Streikenden hat in der heutigen Frühlicht wieder um etwa 10000 abgenommen, so daß gegen gestern ein Rückgang gegen rund 50000 zu verzeichnen ist. Es freiten in der heutigen Frühlicht 117944 gegen 127629 gestern. Die Gesamtzahl der Ausständigen in der gestrigen Morgen-, Mittags- und Nachmittagslicht hat 246918 betragen gegen 273141 um Montag. In allen drei Schichten hat sich die Zahl der Ausständigen im Verhältnis zum Vortage bis heute um etwa 75000 Mann vermindert. 22. Düsseldorf, 16. April. Infolge der gestrigen beschleunigten Aufnahme der Postarbeiten ist die Versorgung der Stadt mit Gas- und Elektrizität, wenn auch im beschränkten Umfang, nach einiger Unterbrechung wieder möglich. Die Leistungen können wieder erscheinen. Die Wasser-versorgung der Stadt ist wieder normal. 23. Düsseldorf, 17. April. (Draht.) In den gestrigen nachmittags abgehaltenen Betriebsversammlungen der streikenden Arbeiter wurde mit überwiegender Mehrheit der Beschluß gefaßt, den Generalstreik in Düsseldorf sofort a b z u b r e c h e n und bereits heute früh die Arbeit wieder aufzunehmen. Der gestrige Tag ist ruhig verlaufen. 24. Mülheim, 16. April. Die Mülheimer Arbeiterchaft beschloß in einer heute abgehaltenen großen Versammlung, den Generalstreik abzubrechen und morgen geschlossen die Arbeit wieder aufzunehmen. Nur die Bergarbeiter werden weiterhin im Streik verharren. Die Straßenbahn beginnt morgen ihren Dienst.

Zum Generalstreik in Bremen.

Die „Weltztg.“ meldet unter dem 16. April: Der angeführte Generalstreik hat unter den Führern und Schützern der Bewegung selbst bereits große Verwirrung angerichtet. Am Montag Abend hat der 21er Ausschuß in einer sehr stürmischen Sitzung beschloßen, den Streik noch um acht Tage zu verschieben. Eine derartige Verschiebung erregt gleichbedeutend mit dem Zusammenbruch der Bewegung. Nun haben abseits der Kommunisten, um ihren unabhängigen Freunden das Wort abzugeben, diesen Beschluß wieder umgekehrt. Es wurde gestern Abend in der Casino-Versammlung mitgeteilt, daß der Streik von heute Nacht 12 Uhr ab in Wirkung tritt. Wie wenig die Streikführer ihrer Sache sicher sind, und mit welcher Mühe sie arbeiten, beweist einmal die Tatsache, daß sich an den Abstimmungen in den Großbetrieben nur ein Bruchteil der jeweiligen Arbeiterchaft beteiligte, obwohl aber der Umstand, daß ein allgemeiner Streik der Wirtschaftsgläubigen die gesamte Abstimmung vernichten würde. Auch die geheime Abstimmung vernichten würde. Auch die geheime Abstimmung vernichten würde. Auch die geheime Abstimmung vernichten würde.

Die Streikleitung im Ruhrgebiet verhaftet.

21. Essen, 16. April. Gestern nachmittag ist, wie die Ztg. meldet, berichtet von hier berichtet, die gesamte Streikleitung im Ruhrgebiet — ungefähr 100 Mann stark — in Werden durch Regierungstruppen verhaftet worden.

Beendeter Streik.

WTB. Ludwigshafen, 17. April. (Draht.) Der Streik der Beamten der badischen Milizen- und Eisenbahnen ist gestern nachmittag beendet worden. Die Arbeit wird heute früh wieder aufgenommen.

Oldenburg.

Fördert die christl. Gewerkschaften.

Wenn es ein Mittel gibt, unsere christlichen Arbeiter dauernd der Sozialdemokratie fern zu halten, so ist es die Förderung der christlichen Gewerkschaften. Im gleichen Maße gilt das für die Beschäftigung christlicher Jüden in unserem Wirtschaften. Es ist und bleibt bedauerlich, daß auch unsere Seite nicht genug getan worden ist, um die christlichen Arbeiter in ihrem Kampf um soziale Rechte können sich früher nicht freimachen von ihrem Mißtrauen gegen die organisierte Arbeiterchaft der christlichen Gewerkschaften. Auch wenn nicht. Erst die Ereignisse der letzten Zeit haben diesen die Augen geöffnet. Die Gleichgewichten der Arbeiterklasse mit den Vorkämpfern der anderen Stände ist eine Forderung des Christentums und jetzt Laizische geworden. Die schrankenlose Kapitalismus hat ausgepflegt. Die Arbeit der arbeitende Mensch den Mittelpunkt des Wirtschaftslebens bilden. Wie aber setzen

wir die Grundzüge des Christentums im wirtschaftlichen Leben durch, wenn nicht die Wirtschaft hinter uns haben, die diesem Ziel ihre Kräfte widmen. Wohin würden wir kommen, wenn der schrankenlose Egoismus der sozialdemokratischen Massen allein den Ton anzugeben hätte. Man hat diese Gefahr früher für gering gehalten. Die Gegenwart belehrt uns eines anderen. Wir haben nur ein Mittel, dieser Gefahr Herr zu werden: Rückhaltlose Förderung der christlichen Arbeiterbewegung. Besonders gilt das für die Landwirte, in deren Kreisen bisher ein starkes Vorurteil gegen die Gewerkschaftsorganisationen bestand. Es ist nötig folgendes zu betonen: Wird die Organisation der Landarbeiter nicht von christlicher Seite in Angriff genommen, so werden wir auf dem Lande die nämliche Erscheinung erleben, wie in der Industrie. Die Sozialdemokratie ist schon im Gange, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln die Landarbeiter für sich zu gewinnen. Die Zeit drängt. Können wir im Münsterlande die sozialdemokratischen Organisationen keinen Fuß fassen. Wenn auf der Delegiertenkonferenz in Cloppenburg am vergangenen Sonntag ein Delegierter mit Nachdruck betonte: „Wir als christliche Arbeiter dürfen nicht, daß sich sozialdemokratische Gewerkschaften hier breit machen“, so ist das ein erfreuliches Zeichen für den Geist, der unsere Arbeiterchaft beherrscht. Es liegt jedoch im eigenen Interesse der anderen Stände, wenn sie die christliche Arbeiterchaft unterstützen, besonders in der Weise, daß sie Verständnis zeigen für die Bestrebungen der Arbeiter auf Hebung ihres Standes.

Baukostenzuschüsse für den Kleinwohnungsbaun.

Der Kleinwohnungsbaun steht im Mittelpunkt des ganzen Wohnungsproblems. Er soll und muß mit allen Mitteln gefördert werden. Die Herstellung von Kleinwohnungen durch die private Unternehmung begegnet aber in der Gegenwart außerordentlich großen Schwierigkeiten. Das Haupthindernis liegt zweifellos in der außerordentlichen Steigerung der Baukosten. Viele sind so hoch geworden, daß sich der Wohnungsbaun nicht mehr lohnen kann. Kleinwohnungen, welche zu den heutigen Wohnverhältnissen hergefaßt sind, können sich in der späteren Friedenszeit nicht hinreichend verzinsen, weil sie den Weltmarkten nicht den alten Wohnungen nicht aushalten. Wie gewaltig Materialpreise, oft um mehrere Hundert Prozent, ferner die Höhe gestiegenen sind, liegt klar zu Tage. Man kann deshalb ohne Ueberreibung sagen, daß die Herstellung von Wohnbauten um das zwei- bis dreifache der Preissteigerung veräußert worden ist. Am nun zu verhindern, daß die Herstellung der notwendigen kleinen und mittleren Wohnungen aus diesen Gründen ganz unterbleibt, hat das Reich im Nachtragsgesetz 1918 100 Millionen Mark zur Deckung der Baukostenübersteuerung, also als Zuschüssen an die Bauenden, zur Verfügung gestellt. Durch Verfügung vom 11. Januar 1919 hat das ökonomische Reichsministerium dazu die näheren Bestimmungen erlassen. Danach trägt das Reich die Hälfte, der Staat Oldenburg die andere Hälfte, der Kreis Oldenburg für die Provinz Oldenburg sich im Etat 1919 für diesen Zweck 300000 Mark eingestellt zu haben. Bewußt sind an die Herabgabe der Beihilfen allerlei Bedingungen geknüpft, die jedoch für denjenigen, der bauen muß und eine Einfamilienwohnung für sich selbst baut, nicht sonderlich schwerwiegend sind. Da die Anträge durch die Gemeinden zu stellen sind, möchten wir diejenigen, die von diesen Beihilfen Gebrauch machen wollen, anraten, sich des näheren bei den Gemeindevorständen zu erkundigen.

Stimmen aus unserem Leserkreise.

(Ohne Verantwortlichkeit der Redaktion.)
Holtorf, 15. 4. 19.

Neueste Nachrichten.

Die amtliche Einladung der Entente an die deutsche Friedensdelegation.

21. Berlin, 17. April. (Draht.) Der Vorbericht der internationalen Waffenstillstandskommission, General Dubaut, hat, wie die B. Z. erzählt, gestern in Spaas dem Vorbericht der deutschen Waffenstillstandskommission, General von Hammerstein, den Text der von Präsident Wilson gestellten Vorrede in viererlei über die Einladung der deutschen Delegationen zum 25. April nach Versailles amtlich überreicht. Die deutschen Delegationen werden am 22. oder 23. April von Berlin voraussichtlich über Mainz und Trier nach Paris reisen, während die Mitglieder der deutschen Friedensdelegation, die aus der Waffenstillstandskommission angeordnet, sich direkt von Spaas nach Paris begeben werden.

Die Gegensätze der Entente.

21. Genf, 17. April. (Draht.) Wie der Reporter der Ztg. von unterrichteter Stelle erzählt, hat Wilson zwar Clemenceaus hartnäckigen Forderungen gegen Deutschland nachgegeben und auch bereitwillig den Schein seines Programms gewahrt, aber Clemenceau hat ganz unabweisend erklärt, wenn die Deutschen die französischen Bedingungen ablehnen, werde der Präsident dem Vertrag nicht unterzeichnen. Amerika aber werde keinesfalls an der Ermöglichung der Bedingungen teilnehmen, oder gar an einem neuen Krieg gegen Deutschland sich beteiligen. Frankreich und England müßten deshalb ohne Amerika das Militärbündnis erneuern. Frankreichs Exekutionsvollzug gegen Deutschland würde Amerika die Möglichkeit geben, aus dem Grenterband auszuweichen. Obgleich wurde Japan auch vorzugsweise aus der Entente ausgeschieden wegen der Ablehnung seines vorgeschlagenen Rassenparagrafen.

Zum Vormarsch der Regierungstruppen gegen Braunschweig.

21. Berlin, 17. April. (Draht.) Der B. Z. zufolge hat der Vormarsch des Korps Maerter auf Braunschweig heute um 2 Uhr morgens begonnen. Bereits ist die Besetzung von Wolfenbüttel gemeldet, die kampfschlüssig erfolgt ist. Die Stadt Braunschweig dürfte ebenfalls noch im Laufe des Tages besetzt werden. Die gegenwärtige braunschweigische Regierung, die sich aus Kommunisten und radikalen Unabhängigen zusammensetzt, scheint keinen Widerstand zu leisten. Der frühere Berliner Polizeipräsident Eichhorn ist aus Braunschweig gestüßt, ebenso der Präsident Merges. Die Braunschweiger Regierung hat eine Anzahl angelegener Bürger als Geiseln festgesetzt. General Maerter hat erklären lassen, daß die Festnahme von Geiseln nach dem Kriegsgericht gehandelt werden würde.

Verhaftet.

21. Berlin, 17. April. (Draht.) Der Vögel Runge, der beschuldigt wird, an der Tötung Lieberichs und der Frau Rosa Luxemburg beteiligt zu sein, ist in Ostpreußen verhaftet worden.

Auflösung der Amisversammlungen in Westfalen.

21. Berlin, 17. April. (Draht.) Die preussische Regierung hat auf Beschluß vom 8. April die Amisversammlungen in der Provinz Westfalen aufgelöst, jedoch die Neuwahlen dazu in der nächsten Zeit stattfinden können.

Zur Lage in Ostpreußen.

21. Berlin, 17. April. (Draht.) Auf der Bismarckhöhe wurden gestern Generaldirektor Thiele und Direktor Währen von der Arbeiterchaft angegriffen. Auf der vereinigten Königs- und Bismarckhöhe wurde für kommenden Monat der Rücktritt des Generaldirektors Hilger verlangt. In Hindenburg wurde durch Flugblätter von den Kommunisten für heute zum Empathiestreik für Essen und München aufgefordert.

Ein iudisches Verbrechen.

21. B. Dortmund, 17. April. (Draht.) Gestern nachmittag hat man in dem benachbarten Cropfenbroich die aus fünf Personen und einem Dienstmädchen bestehende Familie des Marktenkontrollieurs Peuzmann ermordet aufgefunden. Der 19 Jahre alte Bergmann J. Ruster wurde als Täter ermittelt und festgesetzt. Die Familie Peuzmann hatte ihm für die Nacht 2000 Mark gegeben. Als Beute fielen ihm 25 Mark in die Hände.

21. Mai wird in unserer Gemeinde Mission gehalten, in der ersten Woche für die Frauen und Jungfrauen, in der zweiten Woche für Männer und Jünglinge.

21. Wisbek, 17. April. In der Nacht zum 6. d. Mts. sind dem Landwirt Clemens Marißchen in Wisbek aus einem am Kreuzweg bei Wisbek belegenen Schafstalle 2 einjährige Schafe mittels Einbruch gestohlen und in der Nähe des Forstes abgehlaßt worden.

21. Emstek, 16. April. Lehrerin Schulte aus Garrel ist mit Beginn des neuen Schuljahres an die Schule in Emstek versetzt.

21. Cloppenburg, 17. April. Zu amtlichen Akkordarbeiten sind die Herren Rechnungs-führer Wilhelm Wambach und Rechtsanwalt Wischermann ernannt worden.

21. Essen, 17. April. In der Nacht zum 10. April sind der Wäckerin Witwe Ameskamp in Barmanshöhe 1 Schinken, etwa 18 Pfd. Schwere, 2 halbe Schweinshäute, etwa 8 Pfd., und 7-8 Metzwürste, etwa 5-6 Pfd. gestohlen worden.

21. Königsen, 17. April. Der 2. Prechttag des Amtsgerichts am Mittwoch, dem 23. April, wird auf Dienstag, dem 22. April 1919 verlegt.

21. Wildeshausen, 15. April. Zwei freche Einbruchsdiebstähle. Aus der Stalltür der Frau Precht an der Velmenhorffer Chaussee haben Einbrecher ein Stück herausgeholt und sich im Eingang verschafft, um dann mit einem Pferde zu verschwinden. Jedemfalls hat das Tier den Reiter unterwegs abgeworfen und ist zum Stalle zurückgekehrt. Es wurde am anderen Morgen beim Hause wieder eingefangen. — Dem Landwirt Heydorn in Uhlhorn wurden aus einem verfallenen Schranke in vorletzter Nacht 680 Mk. und dem Dienstmädchen aus der Manteltasche 28 Mark gestohlen. Beim Einpacken von Kleidungsstücken wurden die Diebe gefaßt. Hier hatten die Einbrecher sich wahrscheinlich eingeschlichen lassen.

Naß und Fern.

21. Quakenbrück, 17. April. Gestern sind die Arbeiter der Firma Schade u. Co. in den Aussen angetreten. Die Firma hat für Sacharbeiter einen Stundenlohn von 1,30 Mk. bewilligt, lebt aber einen Zuschlag von 20 Proz. für Akkordarbeiter ab. Für Hilfsarbeiter wird ein Stundenlohn von 80 Pfg., leicht 640 Mk. pro Tag verlangt. Wäcker verdrängen die Hilfsarbeiter 2,75 bis 3,00 Mk. pro Tag und 45 Proz. Leertungszulage. Die Firma hat es abgelehnt, den geforderten Stundenlohn für Hilfsarbeiter zu bewilligen. Den Akkordarbeitern hat sie 10 Prozent zugestimmt. Hoffentlich wird der Streik in Güte beendet.

Wetter-Aussichten

für mehrere Tage im Voraus.
Unberechtigt Radfahrer wird gerichtlich verfolgt.
20. April: Wolig, teils Sonne. Kühl. Strichweiser Niederschlag, Windig.
21. April: Veränderlich, Temperatur wenig verändert.
22. April: Wenig verändert.
23. April: Veränderlich, milde. Windig.
24. April: Wolig mit Sonne, milde. Strichregen, Windig.
25. April: Raum verändert.
26. April: Heiter, angenehm, später Wolken und Strichregen.

Stimmen aus unserem Leserkreise.

(Ohne Verantwortlichkeit der Redaktion.)
Holtorf, 15. 4. 19.

Neueste Nachrichten.

Die amtliche Einladung der Entente an die deutsche Friedensdelegation.

21. Berlin, 17. April. (Draht.) Der Vorbericht der internationalen Waffenstillstandskommission, General Dubaut, hat, wie die B. Z. erzählt, gestern in Spaas dem Vorbericht der deutschen Waffenstillstandskommission, General von Hammerstein, den Text der von Präsident Wilson gestellten Vorrede in viererlei über die Einladung der deutschen Delegationen zum 25. April nach Versailles amtlich überreicht. Die deutschen Delegationen werden am 22. oder 23. April von Berlin voraussichtlich über Mainz und Trier nach Paris reisen, während die Mitglieder der deutschen Friedensdelegation, die aus der Waffenstillstandskommission angeordnet, sich direkt von Spaas nach Paris begeben werden.

Die Gegensätze der Entente.

21. Genf, 17. April. (Draht.) Wie der Reporter der Ztg. von unterrichteter Stelle erzählt, hat Wilson zwar Clemenceaus hartnäckigen Forderungen gegen Deutschland nachgegeben und auch bereitwillig den Schein seines Programms gewahrt, aber Clemenceau hat ganz unabweisend erklärt, wenn die Deutschen die französischen Bedingungen ablehnen, werde der Präsident dem Vertrag nicht unterzeichnen. Amerika aber werde keinesfalls an der Ermöglichung der Bedingungen teilnehmen, oder gar an einem neuen Krieg gegen Deutschland sich beteiligen. Frankreich und England müßten deshalb ohne Amerika das Militärbündnis erneuern. Frankreichs Exekutionsvollzug gegen Deutschland würde Amerika die Möglichkeit geben, aus dem Grenterband auszuweichen. Obgleich wurde Japan auch vorzugsweise aus der Entente ausgeschieden wegen der Ablehnung seines vorgeschlagenen Rassenparagrafen.

hat Wilson zwar Clemenceaus hartnäckigen Forderungen gegen Deutschland nachgegeben und auch bereitwillig den Schein seines Programms gewahrt, aber Clemenceau hat ganz unabweisend erklärt, wenn die Deutschen die französischen Bedingungen ablehnen, werde der Präsident dem Vertrag nicht unterzeichnen. Amerika aber werde keinesfalls an der Ermöglichung der Bedingungen teilnehmen, oder gar an einem neuen Krieg gegen Deutschland sich beteiligen. Frankreich und England müßten deshalb ohne Amerika das Militärbündnis erneuern. Frankreichs Exekutionsvollzug gegen Deutschland würde Amerika die Möglichkeit geben, aus dem Grenterband auszuweichen. Obgleich wurde Japan auch vorzugsweise aus der Entente ausgeschieden wegen der Ablehnung seines vorgeschlagenen Rassenparagrafen.

Zum Vormarsch der Regierungstruppen gegen Braunschweig.

21. Berlin, 17. April. (Draht.) Der B. Z. zufolge hat der Vormarsch des Korps Maerter auf Braunschweig heute um 2 Uhr morgens begonnen. Bereits ist die Besetzung von Wolfenbüttel gemeldet, die kampfschlüssig erfolgt ist. Die Stadt Braunschweig dürfte ebenfalls noch im Laufe des Tages besetzt werden. Die gegenwärtige braunschweigische Regierung, die sich aus Kommunisten und radikalen Unabhängigen zusammensetzt, scheint keinen Widerstand zu leisten. Der frühere Berliner Polizeipräsident Eichhorn ist aus Braunschweig gestüßt, ebenso der Präsident Merges. Die Braunschweiger Regierung hat eine Anzahl angelegener Bürger als Geiseln festgesetzt. General Maerter hat erklären lassen, daß die Festnahme von Geiseln nach dem Kriegsgericht gehandelt werden würde.

Verhaftet.

21. Berlin, 17. April. (Draht.) Der Vögel Runge, der beschuldigt wird, an der Tötung Lieberichs und der Frau Rosa Luxemburg beteiligt zu sein, ist in Ostpreußen verhaftet worden.

Auflösung der Amisversammlungen in Westfalen.

21. Berlin, 17. April. (Draht.) Die preussische Regierung hat auf Beschluß vom 8. April die Amisversammlungen in der Provinz Westfalen aufgelöst, jedoch die Neuwahlen dazu in der nächsten Zeit stattfinden können.

Zur Lage in Ostpreußen.

21. Berlin, 17. April. (Draht.) Auf der Bismarckhöhe wurden gestern Generaldirektor Thiele und Direktor Währen von der Arbeiterchaft angegriffen. Auf der vereinigten Königs- und Bismarckhöhe wurde für kommenden Monat der Rücktritt des Generaldirektors Hilger verlangt. In Hindenburg wurde durch Flugblätter von den Kommunisten für heute zum Empathiestreik für Essen und München aufgefordert.

Ein iudisches Verbrechen.

21. B. Dortmund, 17. April. (Draht.) Gestern nachmittag hat man in dem benachbarten Cropfenbroich die aus fünf Personen und einem Dienstmädchen bestehende Familie des Marktenkontrollieurs Peuzmann ermordet aufgefunden. Der 19 Jahre alte Bergmann J. Ruster wurde als Täter ermittelt und festgesetzt. Die Familie Peuzmann hatte ihm für die Nacht 2000 Mark gegeben. Als Beute fielen ihm 25 Mark in die Hände.

Verantwortlicher Schriftleiter: G. Thole, Verfa. Druck und Verlag: Westph. Drucker- und Verlag. G. m. b. H. (H. Sommerfeld, Verleger), Verfa.

Verkaufs-Anzeige.

Am Donnerstag, dem 24. April, mittags 12 Uhr anfangend, läßt Frau Wm. Stollenberg in Haderlohhausen bei Holtorf öffentlich meistbietend verkaufen wie folgt:

- 1 eigene Anrichte mit Glas, 1 Kleiderstanz, ein Wäschewagen, 1 Wäschewagen, 4 Stühle, 2 Sessel, 2 große und 1 kleiner Tisch, 1 Bettstelle, eine Kochmaschine, 1 Mantelstiel, 1 Nähmaschine, Stuppelampen, Korbe, Eimer, 1 Waage, 1 Badtrog, 1 Waschmaschine, 1 Wäschestiel, 1 großes Wäschfaß, mehrere Leinwand, 1 Koffer, mehrere Hüte und lange Leinwand, 2 Korbflecken, 1 Koffer, 2 Eimachlöcher, 2 Militärsporttaschen, 2 Butterformen, 1 Säge, 1 Rollen Sündenradt eine Sandharmonika, Posten Haidradt, 1 Partie Bretter, 1 Schiebkarre, 1 großer Schließstein für Schindeln, 1 Schindelmühle, 2 paar kurze und 2 paar lange Wagenschlepp, 2 starke, gute Kuhgeschirre (Kuhgeschirre), 2 Pferdegeschirre, 1 Halsfest, 2 Schwojgen mit Knüppel, 4 lange und 4 kurze Reeps, 4 Strohseilen mit Saue für 15 Fahr- und Pfingelinen, 1 große Partie Saue für starke lange und kurze Reeps und Leinen etc. (Friedenswaare), 8 leere Dörsel für Wäschschiffen, Eimachlöcher und Anzüge, 2 Lein, 1 gutes Bett, drei Spinnräder, 1 Seesessel, 1 Weibstuhl mit Zubehör, 1 Zentrifuge, 2 Säckelmaschinen (Gründelmaschinen), drei sehr gute, starke Wagen, 2 Kuttwagen, einen starken Pferdewagen, ca. 8000 Pfg. Tragkraft, einen Jagdwagen, 2 Pflüge mit Geißel, 3 gußeisernen Eggen, 3 neue Düren m. Güter u. Pflanzung, 95 cm x 2,5 cm, 1 Karosifellege u. Pflanz, 2 lange und kurze Wagenfedern, 1 Schmittklinge, 1 Wägen Schrauben mit Mutter und noch andere für Schindeln brauchbare Sachen, 1 große Wagenschlepp, 1 große Partie gekleimertes Holz, 1 junge, schwere, milchgebende Kuh, 10-15 Säbner, 2 Ställe, lang 8 m, breit 6 m, von einem Fachwerk m. Eisen und Dachziegel, 1 Wagenschlepp mit Dachziegel, 1 Holzstall, 10000 9 m lang mit Dachziegel.

Käufer ladet ein
Holtorf, den 16. April 1919.
B. Johanning.

Bekanntmachung.

Für die Reinigung der katholischen Knaben-
schulen soll eine Reinmachfrau angenommen
werden. Die Dienstvermittlung liegt auf dem Rat-
hause zur Einsicht aus. Meldungen haben bis
spätestens zum 22. d. Mis., mittags 12 Uhr,
zu erfolgen.

Behta, den 16. April 1919.

Schulvorstand: Werding.

Butter-Ausgabe

am 18. d. Mis., in den hiesigen Verkaufsstellen.
Behta, den 17. April 1919.

Stadtmagistrat.

Landesarbeitsnachweis, Beschäftigstellung Lohne
befindet sich von heute ab Joststraße 78. Telefon-
anschluss Nr. 31. Arbeitsvermittlung während
des ganzen Tages, und ist sowohl für Arbeitgeber
als Arbeitnehmer vollständig kostenlos.

Lorffisch- und Weideverpachtung

Am 2. Ostertage
sollen am Behmdor Damme
der dortige

Lorffisch und Weide

verpachtet werden.
Versammlung nachm.
2 Uhr an Ort u. Stelle.
Der Vorsitzende: Thölke.

Vechta, Burgstraße 11
Reparatur-Werkstatt
für alle Arten
Wand-, Weck-
u. Taschenuhren

Pflanzschalotten
hat abzugeben
Th. Hübner, Vechta.

Leima Leinöl-Firniss-Besatz

ist wieder eingetroffen
und gebe davon ab
solange Vorrat reicht.
Empfehle Leima-
firnis-Besatz, alle Sorten
Gardinen, Tapeten,
Kunstglas und
Klebstoffe.

Herm. Baro,

Vechta, Falkenrotterstr.

Jung. Weiderind

steht zu verkaufen. Aus-
kunft erteilt.
Franz Meyer, Damme.

Häpftichen Leint,
Sautauschläge, Mittelser,
Widel, befestigt. Sie durch
eine Blutreinigung für m
**Sarjafran-Blut-
reinigungselizier.**
Wohlschmeckend, leicht be-
kömmlich, viele Dank-
schreiben. 1 Glasche 3 M.,
3 Glaschen (für eine Kur
ausreichend) 8 M.

Wallaah,

gugfest und fromm in
jedem Geschirr, zu ver-
kaufen. Näheres durch
B. Büttmann, Lohne.

Kuh,

immerhalb acht Tagen
laibend, fehlerfrei zu ver-
kaufen. Näh. durch
B. Büttmann, Lohne.

Weiderinder,

2 Jahre alt, stehen zu
verkaufen. Auskunft erteilt.
Franz Meyer, Damme.

Herrenüberzieher

preiswert zu verkaufen.
Auskunft erteilt
Franz Meyer, Damme.

Kartoffel-Abnahme

auf Station Schneiderkrug
am Mittwoch, dem 23. März. Preis 8 Mk. p. Ztr.
Rehterfeld. Ahlers & Mühle.

Verkauf.

Wegen Umzug werde ich im Auftrag des Lehrers
Bramlage
am Mittwoch, dem 23. d. Mis.,
morgens um 9 Uhr in seinem Hause h. Osterseine
folgende Sachen öffentlich meistbietend mit Zahlungsfest
verkaufen:

1 gut erhaltenen Vertikow und eine eichene
Kommode, 1 Kinderbettstelle mit Matratzen
(fast neu), 2 Bettstellen, 1 runden Sofa-
stuhl und 2 kleinere Tische, 2 Garderoben, 1 Küchen-
garnitur mit Besteck, eine Küchenschale, 6 Gar-
dinenkasten, 4 Blumenbänke, 1 Zentrifuge,
1 fast neue Butterpresse, 1 Kochmaschine, 1
Wandkessel, mehrere Stühle, Spiegel und
Bilder, verschiedene Bücher, 1 eichene Hängens-
kiste, 1 Schneidbrett, 1 Wagen Pfingst und Ege,
2 Kuchenschere, einige Recke, 4 Schweineträger,
Sackeln, Korben, 5000 Pfund Stroh, 3000 Pfund
Pantelrüben, Dachziegel, einige Hühner, 1
fast neuen Wagen 10 000 Pfund Tragkraft,
1 Staubmühle, 1 hochtragende Kuh und eine
milchgebende Kuh.
Käufer ladet ein
Osterseine, den 16. April 1919.

Am Samstag, dem 19. April,

nachmittags 1 Uhr
werde ich für fremde Rechnung bei der Wirtschaft
Witb. Kameyer Ww. zu Vechta

eine braune Stute,

1,60 Meter groß, öffentlich meistbietend gegen Vor-
zahlung verkaufen.
Behta, den 14. April 1919.
Herrn. Bröring, Nutt.

Auf dem am Mittwoch, dem 23. April, 1919
mittags 12 Uhr, stattfindenden Inventar-Verkauf
der Witwe Wegmann in Hogenböden b. Bisbet
sollen

1 Ziege, 1 tragendes Schwein, 1
Schwingspflug, 1 Kochmaschine und
1 Nähmaschine
mitverkauft werden.
Behta. B. Mentz.

Schwedischer Tischlerware,

Hobelbänke, Stabbrettern,
Bittschpine, polnische Kiefern.
Falkenrott. S. gr. Beilage.

Küppersbusch Herde, kleine und große,
von 150 Mark an, Viehkessel, Küppers-
busch D. aerobrenner, roß und emailliert,
Hobelbänke, Kastenwagen, Dezimalwagen,
Dürkopp's Fahräder, Einfriedigungsdraht,
Stacheldraht. Eiserne Fenster über 300
Stück vorräthig.

Kali

an der Bahn, wovon abzugeben hat
Joh. Dellas, Goldenstedt (Bahnhof).

Ein bestes, österr. Schaf

mit Lamm zu verkaufen.
Weltmann, Goldenstedt, Bahnhof.

55% Chlor-Kali,

Kalium u. Seradella.
Batum. Louis Beckmann.

Runkelrüben-Samen

allerbeste Gendörfer, rote oder gelbe
15 Mark.
Frei n. jeder Postlat. einfl. Verpack. unt. Nachn.
W. S. Kraak, Samenhandlg. Rastede.

Stacheldraht

hat abzugeben
Bisbet. Clem. v. Döllen.

Kalt, Zement u. Dachpappe

empfehle aus feischer Sendung.
Dinklage. Ferd. Blömer.



Waschmaschinen, Dezimalwagen, Kastenwagen

empfehle
äußerst billig
extra stark.
B. Klövekorn, Vechta,
Möbelgeschäft, Telefon 55.

Lumpen, Knochen, Altpapier, Metalle, Wildfelle, Häute, Alteisen

kauft ständig
N. Rexhausen, Vechta,
Burgstrasse 2.

Zahn-Praxis Lohne,

Sprechstunden für Zahnleidende:
Mittwochs und Sonnabends von 8 bis 1/5 Uhr
Sonntags auf Anmeldung.

Dinklager Lichtspiele

Am 1. und 2. Ostertage,
Anfang 8 Uhr abends

1. Heide-Gretel,
ein Lebensmärchen in 4 Akten.
2. Die Kasse ist mein,
ein Schauspiel in 4 Akten.

Außerdem am 1. Ostertage, Anfang 4
Uhr nachmittags eine Kindervorstellung:

1. Nottkappchen.
2. Hünzel und Gretel.
3. Bilder aus dem neuen
Testament.

Tanz- u. Anstands-Kursus in Damme.

Seile mit, daß der Kursus gleich nach der
Ernte beginnt.
H. Götze, Tanzlehrer.

Tanz- u. Anstands-Kursus in Langförden.

Zur gefl. Mitteilung, daß ich am
Dienstag, d. 22. April 1919, einen Tanz-
u. Anstands-Kursus eröffne. Dauer für
Jüngere von 5-7 Uhr, für Erwachsene von
7/8 bis 1/10 Uhr. Am zahlreichste Be-
teiligung bitte!

Julius Brinkhaus.

Anstands- u. Tanzkursus.

Bestere mich anzuzeigen, daß der Kursus im
Saale des Herrn S. Droste in Damme am Dienstag,
dem 22. April für Erwachsene um 8 Uhr abends
beginnt, für Kinder am 29. April um 5 Uhr, Sonder-
kursus um 6 1/2 Uhr. Im Wünsche im Saale des
Herrn S. Weier am Mittwoch, dem 23. April für
Erwachsene um 5 1/2 Uhr.
Am recht zahlreiche Beteiligung bitte!

Joh. Rienholt, Tanzlehrer.
Ferienstr. 11.
NB. In Batum beginnt der Unterricht wieder
am Donnerstag, dem 24. April, um 6 Uhr.

Zahnleidende!!

Zähne werden schmerzlos unter lang-
jähriger Garantie naturgetreu eingesetzt.
Plomben in Gold, Porzellan, Amalgam etc.
Fast schmerzloses Zahnziehen mittels lokal
Anästhesie, Nerventöten, Zahnreinigen etc.
Plattenloser Zahnersatz. Schonendste
Behandlung.
Aug. Loewenstein, Zahnpraxis,
Lohne i. O.
Sprechstunden jeden Dienstag und Freitag
ununterbrochen von morgens 8 bis 1/5 Uhr
nachm. im Hause des Hotels Bitter,
Lindenstrasse, Ecke Brinkstrasse.

Statt Karten.
Paula Emke
August Hüsing
Verlobte.
Drapum a. Enstak Palmohl
b. Schneiderkrug
Ostern 1919.

Statt Karten.
Die Verlobung meiner einzigen
Tochter Lisbeth mit Herrn Hol-
besitzer Bernard Elking befreie
ich mich anzudeuten
Frau Bernadine Brinkmann
geb. Meyer.
Kemphausen b. Damme,
Ostern 1919.
Lisbeth Brinkmann
Bernard Elking
Verlobte.
Borringhausen b. Damme
Ostern 1919.

Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es in seinem
unerforschlichen Rathschlusse gefallen, heute
morgen 7 Uhr unsere innigstgeliebte Schwägerin,
Schwägerin und Tante, die
Sodalin
Katharina Helmes
nach langem, mit großer Geduld ertragenem
Leiden, öfters versehen mit den hl. Sacra-
menten, im 65. Lebensjahre zu sich in
die Ewigkeit zu nehmen
Um ein unabdingbares Gebet für die liebe
Verstorbenen bitte!
Namens der trauernden Angehörigen:
Familie Clem. Rübbschusen.
Söldorf und Dinklage, 16. April 1919.
Die Beerdigung findet am Dienstag, dem
22. April, morgens 9 1/2 Uhr vom Kranke-
nhause aus in Dinklage statt, wozu alle
Verwandte und Bekannte hiermit eingeladen
werden.

Das Zentrum und die Schulfrage.

Der Abg. Rektor Kamp, Vorsitzender des katholischen Lehrerverbandes, hat am Sonntag in der preussischen Landesversammlung die Stellung des Zentrums zur Aufhebung der geistlichen Ortschulaufsicht begründet. Wir geben im nachstehenden seine Rede im Wortlaut wieder. Der Abgeordnete führte aus:

Die Einführung der Sachaufsicht für die Volksschule und die Aufhebung jeder Ortschulaufsicht ist eine alle voll und ganz berechtigte Forderung der Lehrerschaft, die auch die katholischen Lehrer und Lehrerinnen vertreten und die ihre Verwirklichung nachdrücklich erstreben. Dieser Standpunkt der katholischen Lehrer ist in dem Westfalen Beschlüssen des katholischen Lehrerverbandes von 1908 niedergelegt. Diese liegen der Schulforderung des katholischen Lehrerverbandes vom 24. Dezember 1918 zugrunde, die lautet: Die staatliche Aufsicht für alle Schulen bis zu den höchsten Stellen ist Sachaufsicht; für Volksschulen kommen unter Vorfall besonderer Prüfungen im Dienste bedürftige Lehrer in Frage. Das Recht der Kirche auf Erteilung und Leitung des Religionsunterrichtes ist sicher zu stellen; ihr berechtigter Einfluß auf die religiös-sittliche Erziehung des Kindes ist zu gewährleisten.

Die Zentrumsparität hat sich diesem Standpunkt angeschlossen, die geistliche Ortschulaufsicht ist nur eine Form, in der der Einfluß der Kirche auf die religiös-sittliche Erziehung gesichert werden soll. Die katholischen Lehrervereine halten diese Form für eine nicht geeignete, sind vielmehr der Meinung, daß sie durch eine zweckmäßigere ersetzt werden soll. Mit dem gesamten katholischen Volk ist die katholische Lehrerschaft aber der Ansicht, daß der Einfluß auf die religiös-sittliche Erziehung der Kinder erhalten und gesichert werden muß.

Von Vorrednern, auch vom Herrn Unterrichtsminister, ist ganz richtig darauf hingewiesen worden, daß auch die katholischen Lehrer für die Befestigung jeder Ortschulaufsicht eintreten. Ich weiß das, als Vorsitzender des kath. Lehrerverbandes sehr genau, und verweise auch diesen Standpunkt konstant und bestimmt, aber die Vorredner übersehen dabei und sagen nicht, daß früher wie heute von katholischen Lehrern und Lehrerinnen mit gleicher Bestimmtheit dafür eingetreten wird, daß sie den berechtigten kirchlichen Einfluß in reicher Form anerkennen und sicher gestellt wissen wollen, unter Berücksichtigung ihrer Forderungen für die Gestaltung im einzelnen.

Meine Partei bedauert, daß der Antrag Hermann einseitig nur die Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht fordert. Eine solche einseitige Stellungnahme macht sie nicht mit. Wir verlangen, daß zugleich mit der Einführung der Sachaufsicht Wege festgelegt werden, welche den berechtigten Einfluß der Kirche sichern. Aus beiden Gründen — einseitige Heraushebung der geistlichen Schulaufsicht und die Tatsache, daß sich diese Kirche ergibt, bis neue Formen für die Verbindung von Kirche und Schule festgelegt sind — vermag meine Fraktion nicht für den Antrag Hermann zu stimmen. Mit dieser augenblicklichen Stellungnahme zu vorliegendem Antrage.

Geben wir die Forderungen der Lehrer und Lehrerinnen nach Sachaufsicht nicht preis, wir haben daran fest und werden sie mit Nachdruck verteidigen. Eltern, Staat, Kirche und Lehrerschaft müssen angemessenen Anteil an der Schulverwaltung und Einfluß auf die Jugend-erziehung besitzen. Nur von einem solchen Einvernehmen und geistlichen Zusammenwirken aller Erziehungsfaktoren erwarten wir einmal die Hebung der Schule und zum anderen die Sicherung des Schulwesens, dessen hohe Bedeutung wohl keine Partei verkennen kann.

Den vom Herrn Unterrichtsminister gestellten demagogischen Versuch darf bei Aufhebung der gesamten Ortschulaufsicht nicht meine Partei prüfen und wir wollen ihm zustimmen und zwar ganz zustimmen, wenn er den Gesichtspunkten Rechnung trägt, die ich hier eben vorgetragen habe. Der Herr Unterrichtsminister hat dann, wenn ich ihn recht verstanden habe, dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß sein Gesandtenrat über die Aufhebung geistlicher Ortschulaufsicht, Stellung der Volksschulen unter hauptsächlichste Kreislaufinspektionen, die mit Fachleuten besetzt werden sollen, recht bald die Zustimmung des ganzen Hauses finden möge. Der Herr Minister kann diesen Wunsch erfüllen sehen, denn auch meine politischen Freunde werden in dieser Frage auf seiner Seite sein, wenn er den klarliegenden Weg geht und

mit den zuständigen kirchlichen Behörden zu einer Verständigung kommt.

Wir wollen hoffen, daß dies gelingt, und wir freuen uns, daß dann der Wunsch der gesamten Lehrerschaft nach Sachaufsicht seine Erfüllung finden kann und finden wird.

Der Herr Unterrichtsminister hat sodann gemeint, daß mit der demagogischen Verabschiedung des Gesandtenrat über generelle Aufhebung der Ortschulaufsicht die Zeit der Irrungen und Wirrungen des Novembererlasses vorüber sein werde. Auch meine politischen Freunde wünschen, daß auf dem Gebiete der Schule die Bahn frei werde für eine ruhige, ungehinderte Entwicklung in der Zukunft ohne schwere Wellen und Stürme,

ohne falsche und gestörte Fahrt und nur dann ist ein gutes Gedeihen der Schule, die uns allen am Herzen liegt, gesichert. Und auch diese Gesichtspunkte möge der Herr Unterrichtsminister und mit ihm die Staatsregierung sich bemühen, für unseren klaren Standpunkt Verständnis zu gewinnen.

Ich komme damit zum Antrag Hermann betreffend die Hebung der Schule und des Lehrstandes. Wir halten

die Hebung der Volksschule

für eine der bedeutsamsten Gegenwartsforderungen. Im Volksstaat hat jedes Kind des Volkes Anspruch auf die beste, dergest mögliche körperliche, geistige und religiös-sittliche Erziehung und Ausbildung und der katholische Lehrerverband hat diesen Satz an die Spitze seiner Schulforderungen vom 24. November 1918 gestellt und wir sind ganz einverstanden, daß der Herr Ministerpräsident am 25. März in seiner Erklärung ungenau in gleichen Worten ausgesprochen hat, was in dem zweiten Satz der genannten Schulforderungen steht: Das Schwelmen ist so zu gestalten, daß jedem Kinde ohne Rücksicht auf Stand, Besitz und Glaubensbekenntnis seiner Eltern die seiner Beschäftigung und seinem Charakter entsprechende Ausbildung ermöglicht wird. Die Schule soll in Wahrheit eine Schule des Volkes sein, eine Schule für alle Kinder. Das gesamte Schwelmen soll dann einen lebensvollen Organismus bilden, alle Schulanstalten sollen ineinander greifen, nicht wie bisher nebeneinander, stehen; dann wird auch dem Volksschüler der große Weg bis zu den höchsten Bildungsstufen geöffnet, dann wird dem schönen Wort: *Freie Bahn dem Tüchtigen!* Rechnung getragen. Wir halten bei der Neugestaltung des Schulwesens an dem konfessionellen Charakter der Volksschule fest, in dem Sinne, daß aus öffentlichen Mitteln konfessionelle Schulen in hinstreichender Nähe in Stadt und Land zur Verfügung gestellt und unterhalten werden. Damit tragen wir der Gewissensfreiheit durchaus Rechnung und respektieren das Recht der Eltern, über Erziehung und Unterricht ihrer Kinder selbst zu bestimmen.

Wir fordern die konfessionelle Schule

- 1. weil in ihr ein allein vertrauensvolles Zusammenwirken aller berechtigten Erziehungsfaktoren möglich ist. Eine Schule, die diese Einheit in der Erziehung gewährleistet, ist die wahre Einheitschule.
2. weil nur in der konfessionellen Schule die Persönlichkeit des Lehrers sich voll und ganz auswirken vermag.
3. weil in ihr die lückenlose Entwicklung und allseitige Ausbildung aller Kräfte und Anlagen der Menschennatur zur ausgeprägten Persönlichkeit am besten erreicht wird und dadurch
4. auch das Staatswohl, die erfolgreichste Förderung findet, indem sie auf dem festen Boden der Religion in der Jugend zur Achtung vor dem Gesetz und zur idealen Hingabe an die großen Aufgaben des Staates, zu treuer Pflichterfüllung und echter Sittlichkeit erzieht und ganz besonders befähigt.

Auch im größten Wandel und Wechsel der Zeiten halten wir unentwegt an der konfessionellen Schule fest und verteidigen sie als ein höchstes Gut. Wir werden freudig dabei sein, jeden gelunden Fortschritt in dem Ausbau der Volksschule zu fördern und große Opfer dafür bereitzustellen.

Wie sich die Schulreform im einzelnen zu gestalten hat, ist noch eine offene Frage, alle Beteiligten müssen dabei mitreden, die Vertreter der Volksschulen wie der höheren Schule, die Gemeinden, wie Kirche und Staat, auch das Volk in seiner Gesamtheit, dessen Kinder vielfach ganz und allein auf die Volksschule angewiesen sind. Die Reformen sind für Knaben wie Mädchen zu erstreben, für letztere ihrer weiblichen Eigenart entsprechend. Ob der gestern von Frau Dr. Wegscheider geäußerte Wunsch, daß alle Kinder, Knaben wie Mädchen, vom Elternhaus, also von der Hausmutter erst zur Schulmutter, d. h. zur Lehrerin und erst später zum Lehrer in Unterricht kommen sollen, der allein richtige ist, will ich nicht entscheiden; wichtiger ist es nach meinen Erfahrungen, daß

Gemeinschaftserziehung als Regel nicht angebracht ist, nach Möglichkeit der Knabe zum Lehrer, die Mädchen zur Lehrerin, nicht eine Gleichmacherei in Erziehung und Unterricht, wenigstens in manchen Fällen aus schultechnischen Gründen die Vereinigung der Geschlechter gegeben ist. Die Reformen im Sinne einer durchgreifenden Hebung der Volksschule lassen sich in größeren Städten leichter durchführen, als auf dem Lande. Wir begrüßen es, daß die Städte dafür freiwillig und vielfach reiche Mittel zur Verfügung stellen, und hoffen, daß sie trotz der schweren Zeit darin nicht halb so zurückfallen, wie die Schulreform auf vor den Toren der Mittelstädte und Dörfer nicht half machen. Ich stimme dem Kollegen Hermann in der warmen Empfehlung der Fürsorge für die Landesschulen durchaus bei. Wir können mit den Maßnahmen zur Hebung der Volksschule nicht warten, bis die geplante Schulreform im Großen eintritt, schon jetzt sind ohne Zögern eine Reihe von argen Mängeln zu beseitigen. Wir verlangen Vorseitigung der Halbaltsschulen, die einem Lehrer nicht selten die dreifache normale Schülervzahl aufzubringen, und nicht allein Vorseitigung der überfüllten Klassen der Volksschulen, sondern eine erhebliche Herabsetzung der Klassenfrequenz überhaupt in der Stadt wie auf dem

Land. Neben gutfreien neuen Klassen ist eine bessere Auslastung der Volksschulen mit zweckmäßigen Lehrmitteln zu fordern, die Gewährung freier Lehrmittel für Unbemittelte muß einen großen Schritt weiter kommen, mangelhafte Schulgebäude, die noch vielfach auf dem Lande stehen, sind allmählich zu beseitigen. Mit der Hebung der Volksschulen muß

die Hebung des Lehrerstandes

Hand in Hand gehen. Die Vorbildung der Volksschullehrer soll von Grund auf eine Reform erfahren. Ich begrüße die Ankündigung des Ministerpräsidenten, die sagt, eine Reform der Lehrerbildung mit dem Ziel der Hochschulbildung wird in Aussicht gestellt, bis zur endgültigen Regelung wird allen Lehrern die Universität geöffnet. Fest halten wir an der konfessionellen Gestaltung der Lehrerbildung, so weit es möglich ist. Für die Neuregelung der Vorbildung der Volksschullehrer liegen schon beachtenswerte Vorschläge vor, wir erwarten, daß dabei alle Interessenten, an erster Stelle die Volksschullehrer und Lehrerbildner, in ihren Organisationen gehört werden.

Aus dem oldenburg. Münsterlande.

Besitz, 18. April.

Am morgigen Karfreitag erscheint die „Oldenburgische Volkszeitung“ nicht. Die Geschäftsstelle ist von 10 Uhr vormittags bis 1/2 11 mittags geöffnet.

Wiedererkehrersehen der Nickelmünzen. Nachdem die Gründe für die Einziehung der Nickelmünzen zu zehn und fünf Pfennig weggefallen sind, sind die öffentlichen Kassen angewiesen worden, diese Münzsorten nicht mehr zurückzubehalten und etwa angeammelte Stücke wieder dem Verkehr zuzuführen.

Die geplanten politischen Volksbildungskurse können erst später stattfinden. Die Vorbereitungszeit war zu kurz, und zudem konnten die in Aussicht genommenen Räume ansicht nicht zur Verfügung gestellt werden. Manche andere Schwierigkeiten sind noch zu überwinden, so daß es der guten Sache nur dienlich sein kann, wenn hinreichend Ruhe vorhanden, den ganzen Plan bis in seine Einzelheiten sich zu überlegen. Wir kommen zu gegebener Zeit darauf zurück.

Zentrumsorganisation. Die Parteibeiträge müssen an den Kassierer, Herrn Renkert Ferdinand in Zehausen in Lohne i. O., eingeleitet werden. Auch die Hälfte der freiwilligen Gehälter ist an dieselbe Adresse abzuliefern. Hoffentlich finden sich auch jetzt manche Wohltäter, die für die großen Aufgaben der Zukunft eine besondere Spende zu geben gewillt sind.

Clöppenburg, 18. April. Lehrerin Wempe von der kath. Volksschule in Friesophpe ist zu Beginn des neuen Schuljahres an die kath. Volksschule in Clöppenburg versetzt.

Garrel, 15. April. Lehrerin Heselberg aus Dummerlohrausen ist zum 24. April zur Lehrerin in Garrel ernannt. Mit der Verwaltung der Unterklasse in Holsandorf ist zum gleichen Tage die Lehrerin Barbara Müller aus Dsnabrück beauftragt.

Essen i. O., 16. April. Eine öffentliche Versammlung hatten die christlichen Gewerbetreibenden hier am Sonntag nachmittags einberufen. Bezirksleiter Formich-Smden sprach über die gegenwärtige Lage und die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenstehens. Sekretär Sante behandelte die Grundzüge der christlichen Gewerkschaften, denen heute in Deutschland schon über 800 000 Mitglieder angehören. In der Aussprache wurde die Notwendigkeit betont, daß die ganze Arbeiterschaft unseres Ortes den Weg in die gewerkschaftliche Organisation finden müsse. Eine ganze Anzahl neuer Mitglieder wurde aufgenommen.

Enningen, 16. April. Mit Beginn des neuen Schuljahres ist der Schulumasskandidat Jos. Klöpperhorn aus Wescha mit der Vertretung des Hauptlehrers Wufch in Schelmakpe beauftragt.

Friesophpe, 16. April. Mit der Vertretung der 3. Lehrertelle an der kath. Volksschule in Friesophpe ist die Schulumassbewerberin Anna Wagner aus Niedernehen bei Siegen beauftragt. Bescheiden mit der Verwaltung der Unterklasse in Holsandorf ist die Lehrerin Beresmann aus Wörzup mit Dsnabrück.

Aus der Residenz und dem Norden.

Oldenburg, 18. April.

h. Eine Besprechung der neuen Mitglieder des Stadtrats fand am Dienstag auf dem Rathaus über die Wahlen der verschiedenen Ausschüsse des Stadtrats statt. Es wurde hier mitgeteilt, daß die sämtlichen Ratsherren des Magistrats ihr Amt niedergelegt hätten, um dem neuen Stadtrat Gelegenheit zu geben, eine Neuwahl derselben vornehmen zu können. Für die Bildung der Ausschüsse wurde allseitig der Wunsch geäußert, daß die Anzahl der bisher bestehenden vielen Ausschüsse (es sind mehr denn 20 vorhanden) verringert werde. Dieser Wunsch soll möglichst Berücksichtigung finden. Weiter wurde mit allseitiger Unterfertigung gewünscht, daß vom Stadtrat ein besonderer Ernennungsausschuss eingesetzt werde, der die sehr wichtige Verteilung der Lebensmittel an die städtische Bevölkerung zu übernehmen habe. Schließlich wurde ein Geschäftsausschuss gemäß, bestehend aus den Herren

Rechtsanwalt Dr. Meyer, Eisenbahnrevisor Ottmann, Kassendirektor Peters, Bauart Ratier, Geschäftsführer Schwenker. Dilem Ausschuss wurde die Vorbereitung der Wahlen der neuen Ratsherren und der verschiedenen Ausschüsse übertragen. Schon aus der gestrigen Besprechung war zu entnehmen, daß es im Stadtrat zu Fraktionseildungen der verschiedenen Parteien kommen wird.

b. Die bestehende Kohlennot zwingt eine große Anzahl Industriebetriebe des Landes, ihren Verbrauch einzustellen. Die meisten Konferenzenfabriken haben bereits stillgelegt. Jetzt wird auch die Glashütte in Oldenburg in den nächsten Tagen ihren Betrieb ganz einstellen, da der Kohlenvorrat aufgebraucht ist und neue nicht beschaffen werden könnten. Dadurch werden zahlreiche Arbeiter vorläufig stellenlos. Es steht zu befürchten, daß auch die städtischen Licht- und Wasserwerke zur Betriebsstillstellung gezwungen werden, weil auch hier Kohlenmangel eintritt.

Ärztliche Fortbildungskurse in der Erkennung und Behandlung der Geschlechtskrankheiten. Nachdem seit dem 26. Januar d. Js. im Hygienischen Institut zu Bremen sechs Kurse stattgefunden haben, an denen eine große Zahl von Ärzten aus dem Freistaat Oldenburg teilnahm, wird voraussichtlich Anfang Mai vorläufig der letzte Kurs abgehalten werden. Einige Meldungen zur Teilnahme würden noch berücksichtigt werden können. Gerade in der letzten Zeit sind bedauerliche Feststellungen über die großen Vorkänge der Fräuleinbildung, bevor das Krankheitsgift den Körper durchdringt, gemacht worden. Kranke und Kranke müssen in gleicher Weise davon überzeugt sein, daß bei den ältesten Krankheitszeichen mit allem Nachdruck die ärztliche Behandlung einleiten muß, damit rasch und sicher ein Heilerfolg erreicht wird.

Die vielen Einbruchsdelikte in Raubhäusern in der Umgebung von Oldenburg aufzuklären. Als Täter für die begangenen Diebstähle kommen in Oldenburg wohnende Klempner Subr., ein Arbeiter Mark und eine Frau Willeken, die von ihrem Manne getrennt lebt, in Frage. R. und die Frau W. sind bereits festgenommen, während E. noch flüchtig ist. — Ein Gleichhandeldesert wurde von der Gendarmerie bei einem Gastwirt am Saal ausgehoben. Er kam in den letzten Monaten mehrere Döfen und Schweine schlachten lassen und das Fleisch in den Schlachthandel gebracht. Für Schweinefleisch wurden 10 Mk. verlangt und bezahlt. Ein geschlachteter Döfe wurde beschlagnahmt und zum Schlachthof gebracht.

Wegen Lohnhinterzinsen waren die Mannschaften der heiligen Truppenente am Sonntagabend in den Streik getreten. Die Generalkommando hatte angeordnet, daß die Löhne um etwa 30-40 Prozent gekürzt werden sollten. Die Soldaten stellten darauf den Dienst sofort ein, darunter auch das Küchenpersonal und die Wachmannschaften. Am Sonntag fand im Kaiserhof eine Versammlung statt, in der beschlossene wurde, den Dienst nicht eher wieder aufzunehmen, bis die bisherigen Löhne wieder bewilligt würden. Der Kommandeur der Bezirkskommandos erbot sich, den Mannschaften seines Dienstbezirks die alten Löhne aus seiner Tasche zu bezahlen, weshalb hier der Streik vermieden wurde. Am Montag traf nun vom Generalkommando die telegraphische Mitteilung ein, daß den Mannschaften die bisherigen Löhne bis zum 1. Mai weiterbezahlt werden sollen. Hierauf wurde der Dienst in allen Teilen wieder aufgenommen. Bis zum 1. Mai sollen die Soldaten nun möglichst alle entlassen werden.

Auch zu Offern haben in dankenswerter Weise Einwohner unserer Stadt und auch aus dem Lande Verwundet, die aus irgend einem Grunde nicht im tranken Kreise ihrer Verwandten weilen können, eingeladen. Bis auf einige, um deren Einladung der Ausfuhr für Verwundetenfürsorge noch besteht ist, sind alle untergebracht. 8 für 1000 Mk. Margarine, Zucker, Tee und Pfeffer hatten in der Nacht zum Montag drei junge Burchen aus dem Lagerchuppen der Garnisonsschlachtereien an der Kurwischstraße entwendet. Als sie zum dritten Male einen Handwagen benutzten, übertrafen sie ein Nachschußmann. Zwei der Einbrecher entflohen, einer konnte festgehalten werden. Später gelang es, den zweiten zu verhaften. Der dritte, dessen Namen sie nicht nennen wollen, ist noch unbekannt. Die Verhafteten sind die Söhne adäquater Bürgerleute.

Für die Vergütung der Schreiber der Amtskasse legte der Schlichtungsausschuß dieselben Sätze fest, wie sie zwischen dem Gewerbe- und Handelsverein und dem Sozialen Ausschuss für die Kaufmännischen Angestellten vereinbart sind.

Die Freizeitschiffe sind nach der Neuregelung der Geschäftszeit abends 7 Uhr, an Sonntagen bis mittags 1 Uhr geöffnet.

Die diesjährige landw. Winterfeier wurde im verflochtenen Winter auch von drei jungen Damen (zwei in der Oberklasse und eine in der Unterklasse) mit bestem Erfolg besucht. Die Schule erreichte mit insgesamt 86 die bisherige Höchstzahl ihrer Schüler.

Für die städtische Kriegsschiffe sind nach der letzten Bilanzliste insgesamt 782 569,70 Mk. gesammelt. Die Februar-Hausammlung erbrachte 8128,88 Mk.

Eine Sitzung der neu gewählten Stadtratsmitglieder fand am Dienstag statt. In derselben wurde die Einteilung und Bezeichnung der städtischen Kommissionen vorgenommen. — Ein betrübender Unglücksfall ereignete sich Montag vormittag an der Damer Chaussee. Der zehnjährige Sohn der Witwe Wragge kam beim

Sinnstrenge auf eine fahrende Kamore so unglücklich zu Fall, daß er unter die Räder geriet. Er erlitt so schwere Verletzungen, daß er bald darauf starb. Den Fahrer trifft keine Schuld.

(-) Unsere Infanteriekapelle wird außer Sonntags von 12 bis 1 Uhr auch an jedem Donnerstag von 5.30 Uhr bis 6.30 Uhr, ebenfalls am dem Paradeplatze, spielen.

(-) Weßwöchsel. Frau Witwe Meine verkaufe ihre an der Zeughausstraße belegene Wohnung für 18.000 Mk. an den Auktions-Brandhelfer. Der Antritt erfolgt am 1. Mai.

(-) Den jüngeren Lehrerinnen wurde vom ev. Oberlehrerkollegium folgendes mitgeteilt: Es ist nicht mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß ihnen auf Grund von § 72 des Schulgesetzes später die unwiderrufliche Anstellung verliehen werden kann, weil in den nächsten Jahren viele Lehrer aus den staatlichen Lehrerseminaren in den Schuldienst eintreten werden und nur eine beschränkte Zahl der Lehrerstellen frei werden wird.

(-) Die Kranken- und Sterbekasse für selbständige Handwerker und Gewerbetreibende hat ihre Verwaltungsstelle nach Heiligengeistwall Nr. 11 (früheres Bureau der Amtsverbandskrankenkasse) verlegt.

* Ammerland, 15. April. Von Ipen bezw. Auguffhain aus wird der Bau einer Bahn nach dem ostpreussischen Orte Rempel geplant. Eine Versammlung von Einwohnern aus den ortsbürgerlichen und ostpreussischen Orten, soweit sie in Frage kommen, die in Rempel stattfinden, wählte einen Ausschuss, der das Weitere erwägen und veranlassen soll.

* Westerstede, 16. April. Vor einigen Nächten wurde in Ranse und Lindern auf zwei Stellen ein großer Diebstahl, wobei den Dieben Speck und Schinken in die Hände fielen. Dem jetzt in Döhl stationierten Gendarm gelang es, die Täter im Zuge Döhl—Ohnborg zu verhaften. Es waren zwei Soldaten, die in Westerstede in Quartier gelassen hatten. Die Leute wurde ihnen abgenommen und den Eigentümern zugestellt.

* Küstringen, 15. April. Die Schwester des ehemaligen Stadtschultheißen Kunde, die mit ihrer Mutter zusammen in Lütke wohnte, wurde von einem halb fremden Soldaten im Jahre 1915 ermordet. Der Mörder, der Musikler Walter Kästmann, vorher beim Altonaer Magistrat beschäftigt, wurde zum Tode verurteilt, obgleich die Gerichte zum Teil seine Zurechnungsfähigkeit bei Begehung der Tat in Zweifel zogen. Auf Anwendung verurteilte ihn dann das Oberkriegsgericht zu 15 Jahren Zuchthaus. Jetzt ist Kästmann durch Verfügung des Präsidenten des Reichsmilitärgerichts begnadigt und unbegreiflicherweise aus der Haft entlassen worden. — Ja, wir müssen manderlei erleben unter der jehigen Weissenherrschaft.

Jeverland und Jaderstädte.

Barel, 15. April. Zur Sicherung von Ruhe und Ordnung von Leben und Eigentum hat heute eine größere, von Wilhelmshaven detaillierte Regimentsgruppe in Barel Quartier bezogen. Es besteht Grund zu der Annahme, daß Spontaus in letzter Zeit nicht nur in unserer Stadt, sondern öffentliche Versammlungen und geheime Beratungen abgehalten wurden, sondern in der ganzen Nordwestküste sich mit Aufschubgedanken trägt. Zum Schutze der gesamten Bevölkerung ist deshalb eine Abteilung zuverlässiger Truppen nach Barel gelegt worden. Grund zur Beunruhigung ist nicht vorhanden. Man ist in Barel, schreibt der Gem., wenn auch nicht öffentlich, so doch tatsächlich vorbereitet, jeden Versuch einer Widerberber, die öffentliche Sicherheit hier zu stören, zu unterdrücken.

Was ist Staatsbankrott?

Von G. S. Hefling.

„Banko rotto“ (die zerbrochene Bank) war in früheren Zeiten für den Wechselkurs auf der Leipziger Messe die Folge, wenn ihm das Wechselgeld ausgegangen war; es wurde ihm, wenn er nicht mehr zahlen konnte, die Wechselbank auf offener Straße kaputtgeschlagen. Bankrott ist für den Kaufmann die Folge seiner wirklichen oder angeblichen Zahlungsunfähigkeit und der damit verbundenen Zahlungs Einstellung. Ein Staatsbankrott ist im wesentlichen dasselbe; in der gewöhnlichen Form bedeutet er die Einstellung beim Einlösen der Staatspapiere. Als mildere Formen sind anzuführen: die Einstellung der Zahlungen auf Zeitdauer, die Nichtzahlung der Zinsen, die Herabsetzung des Zinsfußes, die Herabsetzung des Wertes des Papiergeldes u. dgl. Die Staatspapiere (Reichsschatzscheine), Banknoten, Staatsanleihen usw.) sind Schuldscheine, deren Inhaber dem Staate gegenüber eine dem Nennwert dieser Papiere entsprechende Forderung haben. Bei einem Staatsbankrott werden diese Papiere ganz oder zum Teil wertlos, und die Inhaber haben den Schaden. Eine weitere Folge ist die Einwirkung auf die Bankinstitute und Sparkassen, die größere Summen in Kreditsanleihe angelegt haben, da sie dann ihre Verpflichtungen den Sparern gegenüber nicht mehr erfüllen können. Dies würde eine schwere Schädigung des ohnehin schon so sehr bedrohten wirtschaftlichen Lebens in Deutschland bedeuten.

Der jahrelange Krieg, die darauf folgende politische Umwälzung, Verschwendung, Genussucht, enbloße Eitelkeit, Anverleumdung, ungeheure Mengen wirtschaftlicher Güter vernichtet und den Bestand an Lebensmitteln auf das äußerste Maß herabgemindert. Dagegen hat sich der Bestand an baren Zahlungsmitteln ungefähr verdreifacht, und zwar in Gestalt von Reichsbanknoten und Reichsschatzscheinen. Gegenüber einem Goldbestande der Reichsbank von ca. 2 1/2 Milliarden

wurde der Notenumlauf in den Jahren 1914 bis 1918 von 7 bis auf 21 Milliarden erhöht. Daß die Verminderung der Lebensmittel bei der Vermehrung des Bargeldbestandes eine Erhöhung der Preise im Geleise haben muß, liegt auf der Hand. Hierzu ist noch zu erwähnen, daß rapide Sinken des Marktkurses im Ausland infolge unserer unglücklichen Handelsbilanz.

Aus dem Vorstehenden ergibt sich, daß zur wirksamen Verminderung des Staatsbankrotts vordringend zwei verschiedene Maßnahmen von der Gesamtheit der Bevölkerung befolgt werden müssen, und zwar erstens: Fort mit dem baren Gelde! Wie wir das Geldgeld abgeben, so müssen wir auch alles irgendwem entbehrliche Papiergeld bei einer Bank oder Sparkasse einlegen und, soweit eben möglich, Zahlungen durch Bank- oder Postcheckkonto leisten. Bereits gleich nach der Kriegserklärung begann von englischen Seiten die Gold- und Geldblockade, die bis heute fortgesetzt worden ist, und gerade durch die Sorge dieser vorläufigen und überklugen Patrioten ist der Kredit der Reichsbank so schwer geschädigt und das ganze deutsche Finanzwesen in ein so kritisches Stadium gedrängt worden. Zweitens: Wir müssen arbeiten, um wirtschaftliche Güter und Lebensmittel zu erzeugen; denn die Verbindung unserer inneren Verhältnisse ist nur möglich durch Schöpfung neuer Lebenswerte. In meiner zu Anfang des Krieges erschienenen Schrift „Die Ausbagerung des deutschen Volkes und ihre Abwehr“ habe ich diese Lehre in folgende zwei Sätze gefasst:

1. Eine Vermehrung der wirtschaftlichen Güter und ein Emporblühen des Staates findet statt, wenn die durchschnittliche Arbeitsleistung des Einzelnen über den durchschnittlichen Verbrauch hinausgeht, was durch erhöhte Arbeitsleistung einerseits und durch Herabminderung des über den Bedarf hinausgehenden Verbrauchs andererseits geschehen kann.

2. Eine Verminderung der wirtschaftlichen Güter und ein allmählicher Untergang findet statt, wenn die durchschnittliche Arbeitsleistung dem Verbrauch nicht erreicht, was durch verminderte Arbeitsleistung und durch Vermehrung des über den Bedarf hinausgehenden Verbrauchs verursacht wird.

Neben der vermehrten Erzeugung spielt dann aber auch die gerechte und gleichmäßige Verteilung der Lebensmittel gerade jetzt eine überaus große Rolle. Leider hat gegenüber dem maßlosen Eigenwille vieler Tausende selbst die so notwendige Zwangswirtschaft nicht den Erfolg gehabt, die Gefahr der Hungersnot abzumehren. Noch bis heute waren Nahrungsmittel wenigstens so weit vorhanden, daß jeder sich hätte füttern können, wenn sie gleichmäßig verteilt worden wären, gerade so, wie auch heute noch Wohnraum genug vorhanden sind, um allen ausreichendes Obdach zu verschaffen, wenn nur alle, die überflüssige Räume haben, gezeugt würden, diese zu vermieten.

Alle diejenigen, welche Wohnungen, Nahrungsmittel und andere für die Allgemeinheit bestimmte Werte zerstückeln oder unverschämte Preise fordern, alle, welche Gold, Geld, Lebensmittel und Nahrungsmittel hoheitlich oder im Wege des Schleichhandels vertreiben, alle, welche nicht arbeiten oder sich ohne Not Arbeitslosgeldentzugsmittel verschaffen oder verborgen lassen, endlich alle, welche sich an den unfinnigen Streichen, den Unruhen und Bürgerkriegen beteiligen, haben den Staatsbankrott verschuldet oder, wenn wir von ihm verschont bleiben, doch die jetzige traurige Lage unseres Vaterlandes auf dem Gewissen.

Kurzer Wochenbericht

d. Preisberichtsstelle d. Deutsch. Landwirtschaftsvereins vom 8. bis 14. April 1919.

Wie bereits im vorigen Wochenbericht erwähnt, rechnet man in den Vereinigten Staaten auf Grund der erheblichen Anbauzunahme und infolge der günstigen Ueberwinterung der Saaten mit einem noch nie dagewesenen Ernteergebnis. Der nunmehr vorliegende Monatsbericht des Landwirtschaftsbüros hat die an sich schon überraschenden Erwartungen nicht nur bestätigt, sondern sogar noch überbetroffen, indem er den allgemeinen Durchschnittsbestand auf 99,8 Proz. beziffert. Auf Grund dieser Bewandlung stellt der Statistiker der Amerikaner Produktionshöhe eine Winterernte von 1037 Mill. Bush. (gleich 28,2 Mill. T.) in Aussicht gegenüber 558 (gleich 15,2) bzw. 418 (gleich 11,4) in den beiden Vorjahren. Da angeheftete so staatlich garantierten Weizenpreises jedenfalls auch mit einer erheblichen Zunahme des Frühjahrsanbaues gerechnet werden kann, so dürfte die gesamte Weizenproduktion bei günstigem Witterungsverlauf auf viel weniger als 1500 Mill. Bush. (gleich 40,8 Mill. T.) betragen. Aber selbst wenn diese Risikozahl nicht erreicht werden sollte, würde der amerikanische Exportüberschuss den europäischen Einfuhrbedarf immer noch bei weitem übersteuern. Ueber die derzeit noch für Exportzwecke verfügbaren Mengen alten Weizens geben die Ansichten in den amerikanischen Fachkreisen sehr auseinander. Immerhin ist noch mit sehr ansehnlichen Leistungen Samosas zu rechnen, dessen diesjähriger Ausfuhrerlös auf 80 bis 70 Mill. Bush. geschätzt wird. In Argentinien barten noch erhebliche Mengen Mais und Weizen an den letzten zwei Ernten der Weizenernte. Hinsichtlich der Weizenpreise in Australien, wo von den vor zwei Jahren an die englische Weizenkommission verkauften drei Mill. T. kommt, noch nicht die Hälfte veräußert ist, so zu tunen, daß die australische Weizenpreise fast noch über 1,7 Mill. T. Weizen und 200.000 T. Weizen verfügen soll.

Verantwortlicher Schriftleiter: G. Thole, Breda, Druck und Verlag: Westener Drucker und Verlag, G. m. b. H. (M. Sommerfeld, Berleger), Weidna.

Schaf-Verkauf

Am Samstag, 19. April, 2 Uhr nachmittags, werde ich beim Wirt Nordlohne in Nohme, Aeststraße 70 Stück ostfries. Schaflämmer, teils Mutterlämmer, öffentlich verkaufen. B. Zerhusen.

Verpachtung.

Die zu Rohe bei Bahum belegene 50 Sch.-Soat große Eignerstelle des verstorbenen Eigners Heinrich Meyer zu Rohe soll am

Dienstag, dem 22. April d. J., nachmittags 3 Uhr

in Langfermanns Hotel (Münsterländischer Hof) zu Bestha mit sofortigem Antritt auf 16 Jahre öffentlich meistbietend verpachtet werden.

Der Zuschlag wird in diesem Termine sofort erfolgen.

Vorläufige label ein Bestha. B. Rente.

Vieh- etc. Verkauf in Ahlhorn.

Wildeshausen. Gutsbesitzer H. Gräper in Neu-Beße läßt am

Sonnabend, dem 26. April d. J., nachmittags 4 Uhr

bei W. Nohleders Gasthof (Posthaus) Ahlhorn, 1 eingetrag., belegte Zuchtstute vom Ehrenstein, 8 Jahre alt,

1 tragende Zuchtstute, 12 Jahre alt,

12 Schafe, englisch,

offiziellste Rasse, teils mit Lämmer, zum Teil tragend,

ferner: 1 guterhaltene Akerwagen, 1 Erdwippe, 1 Kullivator, Pflüge, Eggen und mehrere sonstige landwirtschaftliche Geräte

öffentlich gegen Meistbot mit geräumter Zahlungsfrist durch den Untergewerbeten verkaufen.

E. Wehrkamp, amtl. Aukt.

Habe noch Weide

für Pferde abzugeben. Zeller Voet, Bahlen bei Dintlage.

Vieh- und Inventar-Verkauf

in Barel.

Pächter Wih. Cordes in Barel (Bahnhofsstation Bredtorf) läßt wegen Aufgabe der Pachtung, am

Dienstag, 22. April, nachm. 1 Uhr anfangen, bei seiner Wohnung:

1 gutes Arbeitspferd (Doppelpsonn),

1 beste, neumilchende Kuh,

2 größere Zuchtstutweine,

9 Hühner und 1 Hahn, ferner 1 Federwaage, 1 Nähmaschine mit Selbstlähne, 1 zweiräder. Feurwagen, 1 Dezimalwaage, Schiefars, Schleifstein, Pferdegeschirr und 2 Sägel, 1 blauen Kastenwagen, 1 Wagenkasten, Karloffelwaage, 2 Milchlammen, 1 Korn- und 1 Mehlseib, Körbe, Gläser, Eisenhöpfe, 1 große Mehl- und sonstige Kisten, Kuhstetten, Elmer, Mollen, 2 Wagenlaternen, 1 Strohschneider, 1 Mahdwanne, Spaten, Forken und Schaufeln, mehrere holländ. Brennholz- und Breiter, 1 Partie eichen. Brennholz, Stachelkraut und Drahtgeflecht, 1 Drahtzicker, ferner:

1 Kleiderschrank, 1 Kuchenschrank, 1 Badtrog und Badtisch, 1 Sparherd, 1 Tisch, 1 Ofen, eine Waschmaschine, 1 neue Bettstelle und Bett, eine Kommode mit Aufsatz, Kochtischchen, Hängelampen, Plättchen, 1 Wagenstuhl und verschiedene andere Sachen, die sich im Haushalt vorfinden, öffentlich meistbietend mit Zahlungsfrist verkaufen.

Wildeshausen. Barendiek, Aukt.

Wegen Umzugs läßt Frau Ww. Rentmeister Weidemann-Burg Dintlage am

Mittwoch, dem 23. April 1919, nachmittags 4 Uhr anfangen, folgende Gegenstände, öffentlich meistbietend mit Zahlungsfrist verkaufen:

1 ganz neues Sofa, 6 Stühle, 1 Tisch, 1 Spiegel mit Spiegelkranz, 2 Sessel, 1 Anrichte mit Glas, 2 eiserne Oefen (1 kleinen, 1 großen), 2 Sessel, 2 Kinderwagen, 1 Sportwagen, ein Schattelstier, 1 Seggrasmatratze, 1 Kinderbettstelle mit Seggrasmatratze, 1 Schiefelstange, zwei milchgeordnete weiße Saanenziegen, drei Hängelampen, 2 Stabenlampe, 1 kleine Lampe, ein vollständiges Kaffeegerät, ein Bierkessel, mehrere gute Bilder, 10 Kuchentische, sowie verschiedene Haushaltungsgüter.

Sämtliche Möbel sind sehr gut erhalten und werden nur wegen Platzmangel verkauft. Käufer label freundlichst.

Opendorf, Auktionator.

In der Lungenheilstätte in Neuenkirchen steht ein altes, noch gebrauchsfähiger, großer Kuchentrog zum Verkauf. Angebote werden baldigst erbeten.

Wollschützenverein in Bestha.

Kleinbahn Vechta-Cloppenburg

verkehrt nach wie vor — auch Sonn- und Festtags — wie folgt:

| Züge Nr.: | | Stationen | | Züge Nr.: | |
|-----------|------|-----------|-------|-----------|------|
| 1a F | 1 W | 3a F | 3 W | 3b F | 3b W |
| 7.00 | 6.50 | 11.50 | 12.45 | 3.00 | 7.00 |
| 7.39 | 7.31 | 12.24 | 1.34 | 3.34 | 7.41 |
| 8.10 | 8.10 | — | 2.20 | 4.04 | 8.20 |

Für genügend Wagen in den Ostertagen ist gesorgt. Vechta, den 15. April 1919.

Betriebsleitung.



Zu verkaufen oder gegen Weidewied zu verhandeln, 2 angebotene, 4-jährige, rotbraune

Stiere

(bramierte Abstammung). Zeller G. Wilking, Holtrop.

Erste Strumpf-Reparatur-Anstalt

hier am Plage. Geschw. Segeler, Oldenburg.

Blumenstrafe 56.

Schnellste Bedienung. Sorgfältigste Materialausnutzung.

Suche eine Jagdhündin

Echellohne H. Sohne. Franz Kapfel.

Achtung

Zahle für Kaninchen bis 4.20 Mk., Enten 6.50 Mk., Gänse 6.60 Mk., pro Pfd. Lebendgewicht. Frz. Seebach, Vechta.

29. Berliner Lotterie

70000 40000 10000

Bar Geld: Pferde 70%, Silber 30%, Los 1 Mk., 10 Lose 10 Mk. Porto und Liste 45 Pfg. Nachnahme 30 Pfg. mehr.

Otto Wulff, Oldenburg, Stausr.

In Vechta: Ed. Flegel.

Eine größere Anzahl Zeitschriften, Alte und Neue Welt, Stadt Gottes, Welt etc.

billig an Private, Kranzenghäuser, Borromäusverein abzugeben. Offerten mit Nr. 167 an die Geschäftsst. d. Bl.

Hobelspane,

Karl Kohl, Möbelschm., Vechta.

Kaufe jeden Posten ausgekammter Frauenhaare

Dr. Schöne, Vechta.

Meine Aukerung über den Bisepfelweber Jungblut nehme ich als unwohr zurück.

Vechta, 1919 April 16. Ripte.

Junger solider Mann sucht möbl. Zimmer mit Verpflegung.

Angebote unter Nr. D. R. 17 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Ein erfahrener selbständiger, freibam., latsh. Großknecht

sucht auf sofort oder später Stellung. [226] Tot. Schumacher, Dintlage.

Durch Landesarbeitsnachweis, Geschäftsstelle Vechta.

Zum 1. November ein in Haus- und Gartenarbeiten erfahrendes [225] Mädchen

Mädchen

in einem kleinen Haushalt von 2 Personen gesucht. Lohn nach Vereinbarung.

Landesarbeitsnachweis, Geschäftsstelle Vechta.

Suche auf sofort oder später ein tüchtiges Mädchen für Haus- u. landwirtschaftliche Arbeiten für einen Wirtschaft auf dem Lande. [227] Landesarbeitsnachweis, Geschäftsstelle Vechta i. O.

Suche nach Dintlage für Mai 1920 ein braves, guberdilliges Mädchen.

Landesarbeitsnachweis, Geschäftsstelle Vechta. [224]

Suche für Mai oder später nach Dintlage ein junges Mädchen

von 15-17 Jahren. Landesarbeitsnachweis, Geschäftsstelle Vechta. [223]

Gelucht zum 1. Mai für einen Wirtschaftshaushalt auf dem Lande ein guberdilliges

Mädchen [220]

Dienstmädchen

für Haus- und Gartenarbeit. Landesarbeitsnachweis, Geschäftsstelle Vechta. [222]

Gelucht auf sofort zu selbständigen Führer eines besseren landwirtschaftl. Haushaltes eine ältere, durchaus guberdillige, erfahrene latsh. Hauswirtschafterin.

Landesarbeitsnachweis, Geschäftsstelle Vechta. [219]

Wegen Entlassung in der Familie des jetzigen ein braves, tüchtiges Mädchen

zum 1. Mai gesucht. Fabrikant Theodor Wurthorst, Döhne i. O. Durch Landesarbeitsnachweis, Geschäftsstelle Döhne. [221]